

Wortprotokoll/ Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Kulturausschusses

Sitzungsdatum: 22. November 2016
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 21:16 Uhr
Vorsitz: Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Schriftführung: Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung: Dr. Monika Potztal

Tagesordnung:

1. Drs. 21/5769 Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29. Juni 2016: -Freie Theater- und Tanzszene in Hamburg - Drs. 21/4892 (Bericht Präsident/in der Bürgerschaft)
Hier: Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)
2. Drs. 21/2656 Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. März 2013 -Gemeinsamer Bericht des Kulturausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 20/5703: Gesetz zum Neuerlass des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG) und zur Anpassung weiterer Vorschriften □ (Drucksache 20/7238) und Bericht über die Arbeit des Denkmalrates (Bericht Senat)
- Der Kulturausschuss ist federführend, der Stadtentwicklungsausschuss ist mitberatend. -
3. Evaluation zu den Finanzbedarfen der Privattheater (Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO)
4. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Abg. René Gögge (GRÜNE)
Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Jens Meyer (FDP)
Abg. Ralf Niedmers (CDU)
Abg. Dr. Christel Oldenburg (SPD)
Abg. Wolfgang Rose (SPD)
Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)
Abg. Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD)
Abg. Dietrich Wersich (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Peri Arndt (SPD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Kulturbehörde

Herr	Staatsrat	Dr. Carsten Brosda
Herr	Senatsdirektor	Hans Heinrich Bethge
Frau	Ang.	Hannah Kayenburg
Herr		Andreas Kellner, Leiter des Denkmalschutzamtes
Frau	Oberamtsrätin	Elke Westphal

IV. Auskunftspersonen

Martin Heering, Bundesverband Freie Darstellende Künste e.V.
Andreas Lübbers, Wiese eG
Antje Pfundtner, Choreografin
Susanne Reifenrath, Dachverband freie Darstellende Künste Hamburg

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Monika Potztal

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

38 Personen

Zu TOP 1

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Freien Theater- und Tanzszene, Frau Antje Pfundtner, Frau Susanne Reifenrath, Herrn

Andreas Lübbers und Herrn Martin Heering, gemäß § 58 II GO anzuhören. Er beschloss des Weiteren einstimmig, über diese Anhörung ein Wortprotokoll erstellen zu lassen.

Vorsitzende: Liebe Auskunftspersonen, dann begrüße ich Sie hiermit jetzt noch einmal offiziell. Wir haben das beschlossen und ich schlage vor, dass wir so einsteigen, dass Sie sich vielleicht der Reihe nach kurz vorstellen und wenn Sie mögen, auch ein Statement zu unserem heutigen Thema abgeben. Vielleicht fangen wir einfach mit Ihnen, Frau Pfundtner, an. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frau Pfundtner: Mein Name ist Antje Pfundtner, ich bin freischaffende Choreografin für zeitgenössischen Tanz hier in Hamburg. Ich freue mich, dass ich hier eingeladen wurde. Ich produziere seit 15 Jahren in Hamburg, am Anfang die erste Produktion im LICHTHOF Theater und seit 14 Jahren auf Kampnagel in Hamburg. Ich freue mich insofern auch, dass ich hier sprechen darf, weil man meinen mag – und das ist natürlich auf eine Art so –, dass es mir jetzt im Vergleich zu anderen freischaffenden Künstlern, die zum Glück auch recht zahlreich erschienen sind, in der Stadt eigentlich sehr gut geht, wenn man den Vergleich ziehen will, wie ich gefördert werde, wie lange ich schon gefördert werde. Trotzdem möchte ich gern immer wieder darauf hinweisen, was es da eigentlich noch für einen großen Bedarf gibt an der Art, wie gefördert wird, an den Summen, an den Strukturen et cetera. Da finde ich es irgendwie dann ganz schön, wenn man sich vorstellt, dass ich das nach 15 Jahren, sag ich 'mal, immer noch ganz gern erwähne, dass es dann Kollegen, die entweder natürlich genauso lange hier sind oder eben jünger sind, in dem Sinne, auch wenn sich das immer so pathetisch anhört, viel schlechter geht. Und das finde ich immer ganz gut, da die Latte so anzulegen, dass man sagt, wenn ich da schon auf Sachen hinweisen kann, die deutliche Mängel haben oder die, sag ich 'mal, eine Produktionsweise ... zum Teil auch dann wieder längerfristig gesehen eine prekäre Art infrage stellen, finde ich es immer ganz gut, auch zu wissen, da ist natürlich immer ein Anhang zu den ganzen Kollegen, die zum Teil auch hier sind, gleich mit benannt. Genau. Ich produziere seit 15 Jahren, ich habe als erste Choreografin die Konzeptionsförderung auch behalten, bin jetzt sogar in der zweiten Runde, habe es geschafft, sag ich 'mal, mich international zu beweisen und ich habe mehrere ... also, ob ich jetzt nach Japan, China, Australien, Südamerika, Dänemark, Frankreich ... Also es gibt eigentlich ... ich habe eher überlegt, auf welchem Kontinent ich nicht war, wo ich natürlich als Antje Pfundtner bin, aber immer auch als eine Hamburger Produktion. Insofern verstehe ich mich auch ganz gern als Hamburgensie, finde das einen ganz schönen Ansatz, auch zu gucken, wie trägt man da Kultur nach außen, genau, und begreife eigentlich ... also frage mich eben oft, denke eigentlich, die Kommunikation ganz gern im Dialog: Was tue ich für Hamburg, was tut Hamburg für mich? Wir hatten auch (...) dieses "Kulturpolitische Dinner" deshalb organisiert im Rahmen von "Treffen Total", wo es mir unter anderem ganz wichtig war, eine Begegnung zu schaffen mit der Politik, im Dialog, um eigentlich auch zu gucken, was hinterlässt so eine Begegnung – kann sie Verantwortung und Identifizierung und all diese Dinge, die, denke ich, immer nötig sind, um jemanden ausreichend zu fördern, hinterlassen. Es war zumindest ein sehr anregender und schöner Abend.

Noch andere Sachen vielleicht zu mir, was ja auch so etwas mit Strahlkraft zu tun hat: Ich habe dieses Jahr einen Preis gewonnen, das ist der höchste Bundespreis für die Freie Szene, der George-Tabori-Preis. Und was ich auch da wieder wichtig finde zu benennen, drei Gruppen sind nominiert worden für den Hauptpreis und von diesen drei Gruppen kamen zwei Gruppen aus Hamburg und der ist dann auch an eine Hamburger Gruppe gegangen. Auch da ist wieder auch der Verweis deutlich, nicht nur von mir, auf eine überregionale Strahlkraft, die eben existiert und die auch einen großen Dialog schafft und deshalb ende ich auch da ganz gern mit, weil man im Tanz immer sagt, rein tanztechnisch gesehen, dass es total wichtig ist, das sogenannte Center zu supporten, also sprich, wenn du im Tanz dein Zentrum, was sich ungefähr hier befindet, nicht stärkst, kannst du keine Bewegungen machen, die weit herausreichen. Du fällst hin, du kollabierst – es kann sein, dass du es möchtest künstlerisch –, aber es gibt dir auf jeden Fall keinen Support, keine Festigung, keine Stütze, um sehr ausreichende Bewegungen zu machen. Und das finde ich persönlich

für mich immer ein sehr schönes Bild, um zu sagen, Hamburg ist seit 15 Jahren mein Zentrum und von daher ist es natürlich auch wichtig, dass das eine Unterstützung kriegt, um eine Kontinuität und eine Qualität zu sichern, um eigentlich zu sagen, dadurch ist es auch gewährleistet, dass man mit dieser Art von Qualität weiter herausreichen kann und sich nicht an Kapazitäten verbrennt.

Und dann möchte ich einfach mit einem Zahlenbeispiel abschließen, auch als Übersprung zum Teil für andere Kollegen, die hier noch reden werden. Ich produziere jetzt gerade ein Stück, was im Dezember Premiere hat. Das wird produziert mit 90 000 Euro. Das Team ... es sind drei Leute auf der Bühne und sechs Leute im Außenteam, was ein ganz normales äußeres Team ist. Also auch ich befinde mich nicht nur in künstlerischer Gesellschaft, sondern arbeite da natürlich auch in Gesellschaft und das heißt – wir arbeiten drei Monate daran –, dass keiner in der Produktion mehr als 2 000 Euro brutto im Monat verdient. Das ist zum Beispiel einfach einmal in Zahlen etwas, das ist schon für die Freie Szene eine gut geförderte Produktion, die auch in guten Strukturen und in einem guten Rahmen stattfindet. Nur, um immer so einen Vergleich zu haben, dass das trotzdem sich unter der Honoraruntergrenze bewegt. Das wäre erst einmal so mein Einstieg.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Pfundtner. Herr Heering, wollen Sie gleich weitermachen? Oder wir machen einfach der Reihe nach weiter. Übernehmen Sie.

Herr Heering: Ich wollte eigentlich den Hamburger Kollegen/innen den Vorrang lassen, aber danke, dass Sie mich als Zweiten jetzt dann aufrufen.

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich bedanke mich auch für die Gelegenheit, hier bei Ihnen zu sprechen zum Thema der Freien Darstellenden Künste in Hamburg und ich kann als Geschäftsführer des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste ein bisschen zu den Themen, die bundesweit in den Ländern virulent sind, mit beitragen, weil es die Themen auch der Hansestadt Hamburg sind und glaube, dass ich insbesondere beitragen kann zu dem Thema, was auch hier in Hamburg stark diskutiert wird, nämlich das Thema der Honoraruntergrenzen.

Ich sage ganz kurz, wo ich herkomme, damit Sie das einordnen können, wie meine Erfahrungshintergründe sind. Ich bin zehn Jahre in Leipzig Leiter eines Tanz- und Theaterhauses gewesen, habe das als Geschäftsführer und künstlerischer Leiter geleitet, eine Spielstätte, die ich immer beschreibe als ein sehr, sehr kleines Kampanel. Wir hatten den Auftrag, in Zusammenarbeit mit der lokalen Szene Projekte zu entwickeln und denen die Spielmöglichkeiten zu geben. Wir hatten dann darüber hinaus den Auftrag, neben dieser Arbeit ein internationales und nationales Gastspielprogramm zu realisieren, und zwar in einem Bereich, der durch die lokale Szene nicht besonders stark abgebildet wurde. Das war in dem Falle insbesondere der Tanz, der zeitgenössische Tanz. Dann hatten wir darüber hinaus in den Neunzigerjahren die Gelegenheit, etwas mit zu gestalten, was seitdem immer wichtiger geworden ist für die Arbeit in der Freien Szene und was Antje Pfundtner auch gerade schon angesprochen hat, was charakteristisch ist für ihre Arbeitsweise, dass nämlich kaum noch eine wirklich bemerkenswerte und überregional ausstrahlende Produktion wirklich lokal produziert wird, sondern immer nur im Netzwerk mit anderen Partnern aus anderen Ländern, aus anderen Kommunen entstehen kann, wenn es diese großen Produktionen sind, von denen hier beispielhaft die Rede war. Und dass es ein ganz wesentlicher Punkt ist, ob es gelingt, wenn man in dieser Art von künstlerischer Spitzenleistung arbeiten möchte, dass es gelingt, Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich durchzusetzen. Auf diese Erfahrung hin, man kann kein Theater aus einer Stadt leiten ohne Kulturpolitik zu machen: Ich habe also einen Landesverband in Sachsen mit gegründet und ich habe seit 2011 die Aufgabe, als erster hauptamtlicher Geschäftsführer dem Bundesverband Freie Darstellende Künste, wie er heute heißt, die Geschäfte zu leiten. Der wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, und zwar mit einer Grundförderung von ungefähr 140 000 Euro plus zusätzliche Projektmittel für

Studienprojekte. Wir haben letztes Jahr in Hamburg auch mit Unterstützung der Freien und Hansestadt Hamburg einen großen Kongress hier gemacht.

Habe ich die Gelegenheit, erst dann noch etwas länger zu sagen, wenn die Kollegen sich vorgestellt haben?

Vorsitzende: Ich höre gerade von rechts, mein Schriftführer plädiert dafür. Gut, in Ordnung.

Herr Heering: Danke schön.

Vorsitzende: Frau Reifenrath, wollen Sie dann übernehmen? Genau.

Frau Reifenrath: Ja, vielen Dank, dass wir so unorthodox vorgehen dürfen. Wir hätten uns sonst gleich in die richtige Reihenfolge gesetzt, aber wir wussten das nicht.

Vielen Dank an den Ausschuss für die Einladung und die Möglichkeit, hier im Namen des Dachverbands Freie Darstellende Künste in Hamburg als Expertin zu sprechen. Vielleicht noch einmal ganz kurz etwas zum Dachverband: Wir sind der Zusammenschluss der professionellen Freien Darstellenden Künstlerinnen und Künstler in Hamburg und vertreten die Interessen von rund hundert Mitgliedern. Das sind Einzelkünstler, Gruppen, Spielstätten aus den Bereichen Freies Theater, Tanz, Performance und anderen Interessensverbänden. Der DfdK versteht sich als die politische Interessenvertretung der Künstler/innen und setzt sich für die Verbesserung der Förderstrukturen der Öffentlichkeitsarbeit und der Infrastruktur ein. Wir verstehen uns als wichtige Ansprechpartner, zuerst natürlich für unsere Mitglieder, aber auch für die Vertreter/innen aus der Politik und der Kulturbehörde. Wir bieten unseren Mitgliedern professionelle Beratung bei der Beantragung von Fördermitteln und Fragen rund um KSK oder auch Altersvorsorge und Rechtsschutz an. Außerdem sind wir Gründungsmitglied im Bündnis für Festivals der freien Tanz- und Theaterschaffenden in Hamburg e. V. Das ist die Institution, die die Trägerschaft des Festivals "Hauptsache Frei" innehat, das es ja seit 2015 gibt und die jetzt in der Beantragung in der zweiten Runde sich gerade befindet.

Außerdem haben wir einen eigenen 180 Quadratmeter großen Probenraum, den wir in Hamburg – im Moment noch – für Mitglieder oder auch andere Tanz- und Theaterschaffende zu einem ermäßigten Preis anbieten können. Und wir werden, wie ein Verein üblich, durch einen ehrenamtlichen Vorstand vertreten, haben aber auch ein kleines Büro, das unserem Probenraum angeschlossen ist und in dem wir feste Beratungszeiten seit 2014 anbieten können, da wir zurzeit noch bis 31. März 2017 durch die Kulturbehörde aus Mitteln der Kultur- und Tourismussteuer gefördert sind.

Wir haben ja schon am 7. September 2016 auch von unserer Seite auf diese Drucksache, um die es heute geht, geantwortet und haben sie mit einem sehr dezidierten Forderungskatalog beantwortet, in dem auch Zahlen stehen. Unsere Stellungnahme ist, denke ich, hoffe ich, allen so weit bekannt. Darauf würde ich heute gern dann vielleicht in der Fragerunde noch einmal im Einzelnen eingehen. In erster Linie beschäftigen uns eben im Moment die großen Themen der Durchsetzung einer Honoraruntergrenze. Wir müssen sprechen über Strukturförderungen, eben die Frage von Probenräumen, aber auch Basismittel für die Gruppen. Wir haben ein großes Interesse, eine hauptamtliche Geschäftsstelle für den Verband in Hamburg zu etablieren, wie es ihn in anderen Bundesländern schon lange gibt, und der die Struktur unserer Arbeit in Hamburg sehr stark verbessern würde.

Das erst einmal als Eingangsstatement.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Lübbers.

Herr Lübbers: Mein Name ist Andreas Lübbers. Ich bedanke mich sehr für die Einladung zu dieser Anhörung. Zu meiner Person: Ich habe 2004 das Hamburger Sprechwerk gegründet, ein Off-Theater, das sich mittlerweile in der Stadt sehr etabliert und gefestigt hat und in dem ich auch nicht mehr so gefragt bin, weil bei uns der Generationenwechsel schon stattfindet und Constanze Ullmann die Leitung übernimmt und ich mich darum um andere Dinge kümmern kann. Mitinitiator und Ermöglicher eines Verbundes von Spielstätten gleicher Größe, den wir HAMBURG off genannt haben, sehe ich mich auch als Vertreter hier und ich initiiere mit vielen Genossen zusammen das Probenzentrum Die Wiese, das im hoffentlich nächsten Jahr tatsächlich in die Bauphase tritt und ab 2018 dann zur Verfügung gestellt wird, und stehe zu allen Fragen, die zu diesen Themenbereichen gestellt werden, gern zur Verfügung.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Herr Heering, wollen Sie jetzt noch einmal den Abschluss machen?

Herr Heering: Ich wollte vor allen Dingen auf das wichtige Thema der Honoraruntergrenze eingehen und auch mit Bezug zu dem, was in der gegenständlichen Vorlage hier ausgeführt ist, einige Bemerkungen machen.

Ich möchte erst einmal sagen – und das soll nicht anbiedernd sein –, aber ich bin, wenn ich das aus der bundesweiten Perspektive sehe, immer wieder stark beeindruckt, wie stark sich die Kolleginnen und Kollegen aus der Kulturbehörde überregional einbringen und mit guten Ideen einbringen, wie überregionale Förderinstrumente gestaltet werden können. Einen Erfolg haben Sie ja in dieser Tätigkeit von Herrn Bethge und seinem Team in den letzten Tagen auch zur Kenntnis nehmen können. Die 5,6 Millionen Euro für die Tanzförderung, dieses neue Programm, das ist wirklich ganz toll und das hat etwas damit zu tun, wie stark sich Länder einbringen und dass es außergewöhnlich ist, erlebt man nicht in vielen Bundesländern so.

In diesem Sinne, strukturell zu denken, lese ich auch die Antwort, die Herr Brosda hier Ihnen geschrieben hat mit Förderinstrumenten, die tatsächlich versuchen, aufeinander aufzubauen und die tatsächlich Verbesserungen für die Szene erwirken und bringen. Eigentlich ist es ein Auftrag an Sie. Es ist ein Auftrag an Sie als Bürgerschaft – so sehe ich das von außen –, hier auch noch im Bereich der Finanzierung dieser Förderinstrumente eine deutliche Schippe draufzulegen und das insbesondere vor dem Hintergrund dessen, von was für einer Situation wir für die Künstlerinnen und Künstler sprechen, denn die ist nicht nur in Hamburg schwierig, sie ist aber auch in Hamburg eben schwierig. Und ich möchte Sie mitnehmen ganz kurz auf ein paar Zahlen zum Thema, was bedeutet es eigentlich – Antje Pfundtner hat es ausgeführt –, frei zu arbeiten und warum reden die Verbände, warum redet der Hamburger Verband, warum reden wir als Bundesverband – einmütig übrigens mit allen Landesverbänden, das ist auch besonders, dass eine Szene sich in diesem Thema einig ist – zum Thema Honoraruntergrenzen.

Es geht am Ende um die Frage: Wenn die Stadt Hamburg fördert, tut sie das wirklich und tut sie das auch – das könnte man auch anderen Ländern die Frage stellen, aber heute sind wir ja hier – so, dass die Szene, dass die Kolleginnen und Kollegen von dem, was da an Förderung ausgegeben wird, leben können? Ist die Vergütung, die sie sich aus den Projekten zahlen können, angemessen? Natürlich kann man sagen, die Vergütung ist dann angemessen, wenn sie so wäre, dass Kolleginnen und Kollegen in Projekten angestellt werden könnten nach dem NV Bühne. Da gibt es einen Tarifvertrag. Es wäre in einigen Fällen auch sachgerecht, dass man Kolleginnen und Kollegen anstellt, aber die Arbeitsweise der Freien Szene ist überwiegend projektgebunden. Das ist genauer ausgeführt – wen das im Detail interessiert – in der Informationsschrift Nummer 7 der Künstlersozialkasse, was eine kooperative Arbeitsweise ist, die dann auch als eine selbstständige Arbeitsweise von den Sozialversicherungsträgern – das ist ja ein nicht ganz trivialer Gegenstand – anerkannt wird.

Wenn wir also von den angemessenen Vergütungen reden oder wenn wir von den Vergütungen, von den Honoraren reden, die wir heute haben, dann kommt am Ende dabei raus – mir ist es wichtig, diese Zahlen noch einmal zu nennen, ver.di hat sie heute in Hamburg auch noch einmal in einer Pressemitteilung mitgeteilt –, dass wir in den darstellenden Künsten von einem durchschnittlichen Jahreseinkommen reden von 15 581 Euro. Das ist Bruttoeinkommen derjenigen, die frei arbeiten. Das unterteilt sich noch einmal ganz massiv. Wir haben bei den Männern rund 19 000 Euro Jahreseinkommen brutto, bei den Frauen rund 13 000 Euro, also einen massiven Gender Pay Gap an der Stelle. Das sind aktuelle Zahlen der Künstlersozialkasse aus diesem Jahr, was also die durchschnittlichen Verdienste sind. Es gibt übrigens auch eine andere Rechnung. Die Künste, durchschnittlich gesehen, verdienen besser als die Sozialberufe. Das überrascht einige, aber wenn Sie Intendantengehälter sich anschauen, dann wissen Sie, dass ein Durchschnitt eben ein Durchschnitt ist. Der Median, der statistisch interessanter ist, der liegt für die künstlerischen Berufe bei 8 500 Euro Jahreseinkommen. Dass man davon nicht wirklich leben kann, das ist sicherlich allen bewusst. Förderung sollte dazu einen Beitrag leisten in dem Augenblick, wo gefördert wird, dass dann auskömmliches Arbeiten möglich ist. Sie haben ja bestimmte Ziele, die Sie mit der Förderung verfolgen, wie Kunst wirken soll und wie Kunst arbeiten können soll. Aus der Szene heraus gibt es die Initiative „art but fair“, die ich noch einmal nennen möchte, wo es den Versuch gab, eine Selbstverpflichtung der Akteure miteinander zu gestalten. Das ist in einer aktuellen Studie aus dem Mai diesen Jahres auch noch einmal evaluiert worden als ein Weg, der etwas bringt, aber noch nicht sehr viel. Deshalb ist es so, dass die Verbände verstärkt über diese Honoraruntergrenzen reden. Ich glaube, zu Recht und nicht nur in den darstellenden Künsten im Übrigen. Es gibt einen ganzen Katalog. Ich habe die hier alle einmal zusammengetragen, ich verschone Sie damit, aber Sie wissen, dass sind die Grafikdesigner, die Ausstellungsvergütungen im Bereich der bildenden Kunst, dass das ein Thema ist. Ich nenne noch die Honorarempfehlung für Freie Orchestermusiker der DOV. Es gibt eine ganze Reihe von verschiedenen Stellungnahmen. Und spätestens, seit am 1. Januar 2015 der allgemeine gesetzliche Mindestlohn natürlich auf die Agenda gekommen ist beziehungsweise Gesetz ist, müssen wir vielleicht doch noch einmal über Honorarvergleichbarkeiten an dieser Stelle sprechen. Der Deutsche Kulturrat hat das gleich im Jahr 2015 getan mit einer deutlichen Aufforderung. Gesetzlicher Mindestlohn – ab Anfang nächsten Jahres 8,84 Euro die Stunde –, gilt natürlich nicht für freiberufliche Leistungen, klar, das ist ein Thema, aber die Berufsverbände, also wir, müssen das in die Szene hineinkommunizieren und die öffentliche Hand, also Sie, müssen das dort, wo Sie fördern, vielleicht durch Ausstattung ermöglichen, dass wenigstens das bezahlt wird, was vergleichbar wäre dem gesetzlichen Mindestlohn. Ich will es jetzt nicht mit vielen Zahlen untersetzen, aber viele Kolleginnen und Kollegen sagen, wenn ich das bekäme, was vergleichbar ist zum gesetzlichen Mindestlohn, würde sich mein Einkommen verdoppeln. Das macht klar, was wir dort für eine eklatante Situation haben, die eben auch in Hamburg und aber auch an anderen Orten zu lösen ist.

Wir als Bundesverband Freie Darstellende Künste mit ganz starker Mitwirkung der Hamburger Kolleginnen und Kollegen haben gesagt, es müsste sich orientieren an dem, was mindestens nach dem Tarifvertrag der Bühnen zu bezahlen ist und das mit dem Aufschlag für die Arbeitgeberanteile als Honorar – also 2 150 Euro im Monat bei einer durchgehenden Tätigkeit. Ich bitte das unbedingt noch einmal zu unterstreichen und zu bedenken, denn diese doch recht geringe Vergütung im Bereich des NV Bühne basiert natürlich darauf, dass die Kolleginnen und Kollegen, die diese Mindestvergütung bekommen, so sie dann nur diese Vergütung bekommen, eine durchgängige Beschäftigung haben von – na ja – zurzeit heutzutage eben nur noch einem Jahr in der Regel, aber eben immerhin. Also eine Vollzeittätigkeit über einen längeren Zeitraum. Und man müsste das auf kürzere Arbeitszeiträume übersetzen – das habe ich einmal getan, ich kann Ihnen das auch gern als Anlage zu Protokoll dann zur Verfügung stellen, wenn Sie möchten. Wenn wir 365 Tage im Jahr denken, dann hat auch jemand, der freiberuflich arbeitet ... vielleicht die Wochenenden einmal jetzt nur gezählt auf zwei Erholungstage, die Wochenenden sind es ja nicht, aber

zwei Erholungstage die Woche wären vielleicht ganz gut. Nehmen wir einmal durchschnittlich acht Feiertage raus, nehmen wir einmal 20 Krankheitstage raus, die er keinen Verdienst hat oder sie, 20 Urlaubstage – Entschuldigung – gesetzlicher Mindesturlaub, zehn Krankheitstage, die jedem Menschen passieren und vielleicht 70 Tage Akquise, Administration, also nicht fakturierfähige Tätigkeiten, etwas, was man durch seine Verdienstätigkeit mit verdienen muss, dann sind wir bei ungefähr, na, ziemlich genau, wenn man so rechnet, 153 Tagen im Jahr, die überhaupt produktive Arbeitszeit sind. Ein Begriff, den der Kollege Matthias Schulze-Kraft in unsere Diskussion eingebracht hat und den wir gerne weiter verwenden. Das heißt, wenn wir das durch diese Zahl 2 150 Euro im Monat durchgängige Tätigkeit teilen, dann kämen wir auf eine Tagesgage von 165 Euro. Das wäre ein Mindesttagessatz, der bei kontinuierlicher Auftragslage dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen würde. Nun haben wir aber gar keine kontinuierliche Auftragslage, sondern eine diskontinuierliche Auftragslage. Wir haben relativ viele Daten. Eine Zahl ist in dem Zusammenhang vielleicht interessant: Bis zu 80 Prozent derjenigen, die freischaffend tätig sind, haben vier Monate im Jahr keine Arbeit, und dann sind sie schon sehr gut unterwegs. Also mindestens vier Monate keine Arbeit.

Wenn wir jetzt also sagen, okay, diese obere Grenze, vier Monate keinerlei Aufträge – Arbeit haben sie ja, aber keine Aufträge, bezahlte –, die ziehen wir ab, also teilen wir 3 225 Euro durch die 13 Arbeitstage, die im Monat rechnerisch rauskommen und wir kommen auf 250 Euro Mindesttagessatz, der dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen würde. Und wenn wir jetzt – das ist eine relativ große Tabelle – uns anschauen, wenn wir drei Tänzerinnen und Tänzer beschäftigen, wer ist dann alles an einer Produktion beteiligt in so einem Minimum, und wir haben eine Produktion, die nur 20 Tage probt, und wir wollen diese Sätze realisieren, dann kommen wir – das ist eine Choreografie, eine Produktionsleitung für ein Bühnen-, Kostümbild und alles zu unterschiedlichen Anteilen an Zeit – in einer solchen Produktion, engagiert für drei Personen, die auf der Bühne tatsächlich als Tänzerinnen oder Tänzer zu sehen sind oder Performer oder (...) Puppenspieler oder alle die, dann kommen wir auf eine Mindesthonorarsumme, nur die Honorarsumme, von 36 500 Euro. Wenn wir gewährleisten wollen, dass diese Produktion ..., an der sind also jetzt hier sieben Leute dran beteiligt, damit die einen Monat lang arbeiten können, und zwar zu einem fairen Preis.

Sie wissen alle, dass das keine Fördersummen sind. Wir sind ja schon am oberen Ende der Skala, wenn Antje Pfundtner ihre Spitzenförderung gewissermaßen hier einmal darlegt und sie arbeitet im Übrigen drei Monate und dann hat sie auf diese Rechnung gesehen auch schon irgendwie zu wenig Geld. Dann sehen wir, dass das eigentlich nirgendwo realisiert werden kann, realisiert werden kann, nicht für eine Kunst, die Sie beauftragen mit den Aufgaben von kultureller Bildung zum Beispiel. Ganz wichtig: Wer arbeitet mit unseren Kindern in der kulturellen Bildung? Werden die Personen gut bezahlt? Polizisten werden gut bezahlt, Lehrer und so weiter. Und das hat natürlich auch noch ein paar andere Fragen. Ich möchte das wenigstens noch hinten dranhängen. Alles das, was ich jetzt gerade gesagt habe, ist eigentlich, um die Situation der Kolleginnen und Kollegen, die das betrifft, auch noch einmal klarzumachen. Eigentlich ist das alles gar nicht möglich, weil wir sozusagen ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung haben. Wir dürfen keine Preisabsprachen treffen, Honoraruntergrenzen sind ein schwieriges Thema. Ja, Vertragsfreiheit, wir haben immer die Kolleginnen und Kollegen ... und das sieht man an jeder Stelle dort, wo Kostenpläne eingereicht werden und dann wieder rauskommen aus einer Förderung, wo immer – ich habe es in 15 Jahren Tätigkeit in diesem Bereich noch nicht anders erlebt – an den Honoraren gespart wird, damit das Projekt realisiert werden kann und ich verstehe jeden, der das so tut und ich habe das auch schon getan. Es wird immer an den Honoraren gespart und Vertragsfreiheit ist da und wird dann entsprechend abgeschlossen, damit das Vorhaben realisiert wird. Das sind Menschen, die sich künstlerisch ausdrücken müssen und wollen. Dann gibt es natürlich noch ein Argument, was ich auch aus Runden wie diesen immer wieder höre, na ja, wir haben das Gebot der sparsamen Mittelverwendung. Wenn jemand besser anbietet, also billiger anbietet, dann muss ich den doch nehmen. Ja, aber wir bewegen uns ja im Bereich von Landesförderung bei Ihnen hier und Landesförderung ist ja

nicht vereinbar mit Dumpingpreisen, glaube ich jedenfalls nicht. Also die Auslegung, meine Auslegung der Landeshaushaltsordnung oder der Bundshaushaltsordnung an der Stelle wäre zu sagen, möglichst wenig, aber der Sache angemessen, also auch zu einem fairen Preis für die Kollegen/innen, die dann den Aufgaben, die sie inhaltlich bestimmen, hier angemessen sind.

Ich glaube, das wollte ich Ihnen hier im Wesentlichen zu den Honoraruntergrenzen als einige Zahlen mitgeben und beantworte gern Fragen dazu. Ich will sagen, es kommt darauf an, dass es entsprechende Regelungen gibt und dann auch die entsprechenden Etats dazu. Es ist ja gut, dass in Hamburg über eine Honoraruntergrenze in den Förderkriterien, Fördervereinbarungen nachgedacht wird. Es ist sehr gut sogar. Es gibt nur einige wenige andere Länder und Städte, wo das der Fall ist. Berlin hat das jetzt sehr intensiv zum Thema gemacht. Es ist auch ein Sonderthema mit viel Bundesförderung darin. Aber auch die Landeshauptstadt Hannover oder die Landeshauptstadt München, auch das – die Letztere jedenfalls – ist eine reiche Stadt. Es ist klar, dass es dort anfängt, aber ich glaube, Hamburg gehört auch nicht ganz zu den ärmsten Städten des Landes und der Bundesländer. Also es wäre vielleicht nachdenkenswert, wenn man eine Freie Theaterszene, eine Freie Tanzszene wirklich fördern will, ob man sie fördern will mit einem Förderbegriff, der aus den Siebziger-, Achtzigerjahren kommt, etwas dazu zu geben, oder ob man sie fördern will im Sinne von, wir ermöglichen, dass eine andere Art von Kunst- und Kulturproduktion stattfindet und dann auch zu einem fairen Preis. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank für diese – Eingangsstatements, wollte ich sagen, aber Sie sind ja jetzt schon sehr viel tiefer eingestiegen. Wir eröffnen ja jetzt erst die Fragerunde, insofern alle Kolleginnen und Kollegen hier haben ja erst einmal die Möglichkeit, noch einmal nachzuhaken. Es muss gar nicht alles in der ersten Runde geklärt werden, und was Sie zu Protokoll geben können, nehmen wir natürlich gern mit auf.

Jetzt hatte sich Frau Vértes-Schütter als Erstes gemeldet.

Abg. Dr. Isabella Vértes-Schütter: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und vor allem vielen Dank an unsere Auskunftspersonen. Ich denke, wir haben jetzt mit Ihrem ersten Aufschlag schon einen guten Einblick in die Bedarfe der Szene bekommen, aber auch erneut einen Eindruck davon gewonnen, wie groß das Engagement in der Szene ist. Das Thema bewegt uns ja nicht erst seit heute. Wir haben uns in der letzten Wahlperiode ja intensiv mit der vorliegenden Potenzialanalyse von 2011 auseinandergesetzt und es hat auch eine Reihe von Schritten gegeben, die die Situation der Freien Szene nachhaltig zu verbessern und den Empfehlungen der Potenzialanalyse nachzukommen. Dazu zählen ja die Einführung der dreijährigen Konzeptionsförderung als Spitzenförderung, die Nachwuchsförderung und die Festivalförderung. Wir haben ja außerdem vom Hamburger Dachverband im September 2016 bereits im Vorfeld eine Stellungnahme bekommen und auch eine Forderung, die beziffert worden ist und dazu möchte ich sagen, dass meine Fraktion das auch als Ansporn sieht im Rahmen der derzeitigen Haushaltsberatungen, einen weiteren Schritt zur finanziellen Besserstellung der Freien Szene zu unternehmen.

Ich möchte gern nach Ihren Eingangsstatements zwei Dinge noch einmal nachfragen. Die Potenzialanalyse ist ja jetzt auch schon wieder fünf Jahre alt und nach meinen Kenntnissen sind die strukturellen Empfehlungen aus der Analyse eigentlich umgesetzt. Jetzt hatte Frau Pfundtner aber ganz zu Anfang auch darauf hingewiesen, es gibt strukturelle Probleme. Dazu würde ich gern noch einmal konkret nachfragen: Gibt es denn Vorschläge, die wir so noch nicht in der Analyse finden, die aus Ihrer Sicht aber strukturell Erfolg versprechend wären? Das wäre meine erste Frage.

Und dann die zweite Frage zu den Honoraruntergrenzen, jetzt auf die Hamburger Situation bezogen: Mein Kenntnisstand ist, dass seit der letzten Projektförderungsperiode Honoraruntergrenzen in den Projektmitteln berücksichtigt sind und dass die sich eben am

gesetzlichen Mindestlohn orientieren und dass das daraus resultierende Problem eher ist, dass die Anzahl der geförderten Projekte dadurch natürlich zurückgeht, wenn die Summe, die dort hinterlegt ist, dieselbe bleibt. Das wollte ich gern noch einmal nachfragen.

Vorsitzende: Frau Vértes-Schütter, ist das eine Frage an Frau Pfundtner jetzt speziell, an Frau Reifenrath oder an alle?

Frau Reifenrath: Also, darauf würde ich jetzt sehr gern antworten. Sie sprachen von den strukturellen Fördermodulen, die in der Potenzialanalyse noch vorgesehen waren. Es sind sehr viele Module, die die Potenzialanalyse vorschlägt, die sich als Komplementärförderung gerade zur Konzeptionsförderung verstehen, nicht umgesetzt, und zwar die finanzintensiveren. Es gibt die sogenannte Diffusionsförderung als Vorschlag der Potenzialanalyse, die aus den Modulen Aufführungsförderung, Wiederaufnahmeförderung und Gastspielförderung besteht, die damit zu tun hat, dass die Gruppen in die Lage versetzt werden sollen, ihre Produktionen viel besser auszuwerten, denn im Moment ist es so, die Förderung der Kulturbehörde geht ja nur bis zur Premiere und alles, was hier schon mit Aufführungskosten zu tun hat, wird über die Förderung aus der Kulturbehörde nicht gedeckt. Mit diesen Modulen Aufführungsförderung, Wiederaufnahmeförderung und Gastspielförderung sollen die Gruppen in die Lage versetzt werden, ihre Produktionen öfter zu zeigen. Im Verhältnis zur Konzeptionsförderung, die 210 000 Euro im Jahr vorsieht, sind diese Module kurzfristig mit jeweils, also in der Aufführungsförderung 90 000 Euro im Jahr vorgesehen, die Wiederaufnahmeförderung mit 80 000 Euro und die Gastspielförderung mit 120 000 Euro. Das heißt, diese Summe ist sozusagen größer als das, was in die Konzeptionsförderung geflossen ist, wird aber in der Potenzialanalyse ganz eindeutig als komplementäre Mittel ... Also, im Moment stehen wir auf einem Bein. Wir haben die Konzeptionsförderung, aber wir können eigentlich damit nichts machen, weil wir die Produktionen nicht gut auswerten können.

Der zweite Punkt ist die sogenannte Basisförderung. Wir haben ein Problem, dass die Strukturen nicht gefördert werden. Wir bieten einen Proberaum an, einen wunderbaren Proberaum in der Wartenau, der einfach für die Szene zu teuer ist. Mit 700 Euro im Monat können es viele Produktionen aus ihren Förderungen nicht finanzieren. Das heißt, wir sehen uns in der fatalen Situation, diesen Raum teilweise an Institutionen vermieten zu müssen, um die Miete, die wir der Hamburg Kreativ Gesellschaft schuldig sind, bezahlen zu können. Das ist überhaupt nicht im Sinne der Idee und wir brauchen dringend eine Förderung für diesen Raum, damit wir ihn einfach als Basisförderung den Gruppen kostenlos oder zu einem ganz geringen Preis zur Verfügung stellen können, damit sie auch produktionsunabhängig dort arbeiten können.

Diese Basisförderung besteht noch aus vielen anderen Bereichen und ist in der Potenzialanalyse ... Ich bin immer wieder erstaunt, wie gründlich diese Potenzialanalyse ist, weil alles, was uns einfallen könnte, was wir uns eigentlich vorstellen für die Szene, dort seit 2011 drinsteht und es sich manchmal langsam anfühlt wie so ein Bleifuß, den wir hinter uns herziehen, weil es noch viele, viele Momente gibt, die noch nicht umgesetzt sind.

Das war die lange Antwort auf die erste Frage. – Danke schön.

Vorsitzende: Kein Problem. Möchte das noch jemand ergänzen von Ihnen? Nein, okay. Waren jetzt alle Fragen beantwortet, Frau Vértes-Schütter?

Frau Reifenrath: Die zweite Frage bezog sich ja auf die Honoraruntergrenze für Hamburg. Wir haben natürlich im Moment das Problem, dass schon in der letzten Förderrunde es im Vergleich zur vorherigen Förderrunde fünf Projekte weniger gab in der Förderung, weil die Jury teilweise schon die Honoraruntergrenze beachtet hat, die zum Glück die Antragsteller mit aufgenommen haben. Das haben aber bei Weitem noch nicht alle getan. Und ich weiß jetzt für die aktuelle Förderrunde noch nicht, inwieweit es sich bemerkbar macht, dass wir

jetzt noch einmal ganz dezidiert alle Mitglieder und alle Antragsteller aufgefordert haben, sich auf die Honoraruntergrenze zu beziehen. Es könnte sein, dass das Antragsvolumen jetzt noch einmal drastisch in die Höhe geht und dass noch weniger Projekte gefördert werden können in der aktuellen Förderrunde, weil zum Beispiel auch der Bereich Kinder- und Jugendtheater dadurch, dass er anders strukturiert ist, klassischerweise mit mehr Aufführungen kalkuliert, sich von vornherein geringere Produktionskosten selbst in die Anträge reinschreibt als jetzt im Bereich Sprechtheater, Musiktheater oder Performance oder Tanz. Also das heißt, wir sind da in der letzten Antragsrunde noch nicht flächendeckend auf dem Bereich der Honoraruntergrenze in der Antragstellung gewesen. Das wird sich hoffentlich dieses Mal – oder leider – für die Szene noch deutlicher abspiegeln.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Frau Pfundtner.

Frau Pfundtner: Ich dachte nur noch einmal, um auf Frau Vértes-Schütter einzugehen, warum das praktisch nicht passiert. Diese 90 000 Euro, die da genannt wurden, die Konzeptionsförderung ist ja, in Anführungsstrichen, nur von diesen 90 000 Euro 35 000 Euro. Das heißt, die liefert Leuten, die die Konzeptionsförderung zum Beispiel bekommen, nichts anderes als ein – immer wichtig zu haben – Startgeld. Das heißt, von 35 000 Euro kann ich natürlich sowieso ... also dann im Solo vielleicht, aber selbst da kann ich keine Leute zu einladen, die Musik, Dramaturgie, Kostümen-, Bühnenbild noch machen und deshalb wird natürlich zusätzlich Geld akquiriert und dann ist man natürlich bei dieser Summe, wo man dann rechnen muss.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Der Nächste auf meiner Liste ist Herr Wersich, bitte.

Abg. Dietrich Wersich: Also, ich freue mich auch, dass es heute zu dieser Anhörung kommt. Die Idee war ja bei unserem Besuch bei dem Hauptsache Frei -Festival, dem Gespräch, wo wir ja schon einige Sachen auch angesprochen hatten und gemeinsam gesagt hatten, es wäre gut, das heute oder überhaupt im Herbst noch einmal vor den Haushaltsberatungen hier auch in die Bürgerschaft zu bringen. Vielen Dank wirklich auch noch einmal für das tolle „Kulturpolitische Dinner“, weil das schon noch einmal sehr eindrucksvoll war. Nun bin ich selbst ja ein bisschen vorbelastet, ich habe ehemals ja auch freies Theater und dann später Privattheater gemacht. Also diese Situation der Selbst- und Fremdausbeutung ist mir natürlich absolut bewusst. Ich finde es vor dem Hintergrund zwar richtig mit der Honoraruntergrenze, aber auf der anderen Seite, wenn wir politisch sagen, wir wollen Mindestlohn garantieren, dann muss man auch die Mittel aufstocken und kann, glaube ich, nicht sagen, dafür fördern wir jetzt weniger. Also ich finde, das geht politisch einfach nicht und das wäre auch meine Hoffnung, dass sich da etwas bewegt.

Ich will aber auch, weil wir ja Anhörung haben, heute noch einmal fragen. Wir haben ja den Bericht von Herrn Staatsrat Brosda bekommen und dort waren ja verschiedene Dinge in Aussicht gestellt worden, über die noch gesprochen werden soll oder wo sich Dinge weiterentwickeln sollen. Deshalb wäre noch einmal meine Frage zu Ihrem Statement vom September ... Diese Potenzialanalyse 2010 oder für 2010 in Auftrag gegeben, war ja bewusst, um Perspektiven zu gehen und zu verwirklichen und mittlerweile sind wirklich vier Jahre vergangen und es wäre natürlich gut, wenn daran auch weitergearbeitet wird, das umgesetzt wird.

Meine Frage ist eben konkret. Es sind hier mehrere Punkte von Herrn Brosda angesprochen gewesen, wo weitere Veränderungen wünschenswert wären. Deshalb schlichtweg meine Frage: Hat sich in einem dieser Bereiche schon irgendetwas gegeben oder verändert zu dem Stand vom September? Also das war einmal das Probenraumthema, das war – ist hier angesprochen worden – die Frage der lizenzfreien Nutzung, ja, wohl eines Dispositionsprogramms oder Ähnlichem, wobei das möglicherweise die Probleme ja nicht löst, die Sie angesprochen haben. Gibt es schon Aussichten darüber, wie mit der Förderung der Geschäftsstelle weiter umgegangen werden soll? Also gibt es da schon verbindliche

Aussagen? Gibt es schon Aussagen darüber, wann die Wiederaufnahmeförderung implementiert werden kann, also schlichtweg gibt es einen neuen Sachstand, der seit dem September passiert ist? Das würde mich noch einmal interessieren.

Vorsitzende: Vielen Dank. Nun weiß ich nicht genau, ob Sie diese Fragen beantworten können und wer von Ihnen. Aber: Frau Reifenrath.

Frau Reifenrath: Also, ich kann nur sagen, wenn es einen neuen Sachstand gibt, dann wissen wir davon nichts. Also ich kann alle diese Fragen oder muss alle diese Fragen mit Nein beantworten. Es gibt ja, was die Förderung der Geschäftsstelle angeht, gab es jetzt eben im vierten Jahr in Folge die Förderung, dass man zuerst, glaube ich, Restmittel aus der Kulturbehörde und dann war es die Förderung aus der Kultur- und Tourismussteuer. Ich habe nur gehört, dass es schwierig ist, die Förderung auf dieser Ebene fortzusetzen, weil das eigentlich den Forderungen der Kultur- und Tourismussteuer Verwendung nicht entspricht. Außerdem würden wir natürlich gerne nicht auf Honorarbasis diese Geschäftsstelle führen, sondern zumindest eine halbe Stelle einrichten, was dann dementsprechend mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Da haben wir bisher noch keinerlei Signale, dass wir uns in diese Richtung bewegen, was für uns als Dachverband wirklich ganz drastisch heißt, wir haben jetzt schon den Förderzeitraum der momentanen Förderung bis zum 31. März 2017 verlängert. Wir strecken also die 20 000 Euro, die wir haben, jetzt noch über weitere drei Monate, weil wir einfach im letzten Jahr die Zusage sehr spät bekommen haben und das heißt, wenn sich also jetzt in nächster Zeit da nichts abspiegelt, werden wir unser Beratungsangebot einstellen und werden wir unseren Proberaum in der Wartenau nicht weiterführen. Das ist ein entscheidender Beschluss des Vorstands, dass wir dieses Beratungsangebot, dass wir nicht auf den Zustand von vorher zurückgehen werden und das Beratungsangebot ehrenamtlich fortsetzen, sondern dass wir dann die Geschäftsstellentätigkeit und den Proberaum aufgeben.

Vorsitzende: Okay, das hat die Fragen beantwortet. Sie haben eine Nachfrage, ja.

Abg. Dietrich Wersich: Ja, das wäre natürlich schlimm. Auf der anderen Seite ist ein Proberaum ja auch sicherlich gar nicht ausreichend, weil, es sind ja auch Parallelgeschichten. Deshalb wäre meine Frage, wenn das jetzt zu lösen wäre finanziell, ob hinter dieser angesprochenen Software beziehungsweise eine Probenraumplattform, ob dahinter für Hamburg auch der Zugriff auf mehrere Probenräume möglich wäre. Das schließt ein bisschen vielleicht auch an Herrn Lübbers an oder wäre die Frage auch an Herrn Lübbers bezüglich der Wiese-Idee, inwieweit die dort geschaffenen Räume oder zu schaffenden Räume am Ende auch einfließen könnten in diese Arbeit oder dafür zur Verfügung gestellt werden. Und ob es schon Bemühungen gibt, sozusagen innerhalb der Freien Szene das, was es an Probenraummöglichkeiten gibt, irgendwie transparenter zu machen oder hält da jeder seinen eigenen Raum zurück, um sich vor Konkurrenz zu schützen. Also, ist da etwas möglich und könnten wir politisch etwas tun, um das zu fördern?

Vorsitzende: Ja, Frau Reifenrath, Herr Lübbers, Sie einigen sich dann.

Herr Lübbers: Einen Proberaum, wie wir jetzt im Moment in der Wartenau zur Verfügung stellen für die Freie Szene, reicht eigentlich überhaupt nicht aus, ist vor allen Dingen – aber das Problem hat Frau Reifenrath schon geschildert – im Moment mit den Grundkosten, die dieser Raum verursacht und die ja hier weitergegeben werden müssen an die freien Künstler, nicht im Rahmen von geförderten freien Projekten tatsächlich auch finanzierbar für die Gruppen. Deswegen kommt der Dachverband in die Situation, dass an recht wohlhabend ausgestattete Institutionen vermietet werden muss, die dann Zeiten belegen, in denen freie Gruppen eigentlich auf diesen Raum zugreifen sollten. Also kommen wir immer wieder in die Situation, dass gerade die freien Gruppen die Küchenmöbel zur Seite rücken müssen und unter wirklich prekären Bedingungen dann Produktionen erarbeiten müssen.

Grundsätzlich ist aber die Nachfrage nach Probenraum so groß, und ich merke das jetzt als Vorstand von der Wiese eG ganz besonders durch die vielen Anfragen, die mich regelmäßig erreichen, dass wir wissen, dass wir dieses Probenzentrum, das eines Tages entstehen wird, sehr wohl vielfältig auslasten werden können. Die Geschäftsidee von der Wiese ist, dass wir mit festen Ankermietern, die die Probenräume tagsüber von 9 bis 17 Uhr bespielen, die Grundfinanzierung des Hauses gewährleisten und in der Zweit- und Drittnutzung der Räume dann ermöglichen, das zu günstigsten Konditionen, die sich dann daraus ergeben, dass die Miete schon eingefahren ist, an die Freie Szene dann vermietet werden kann. Wir wissen aber auch, dass so ein Probenhaus in Barmbek nicht die letzte Antwort sein kann, weil die Gruppen natürlich auch verteilt über die Stadt dezentrale Probenmöglichkeiten sich wünschen. Deswegen wäre so eine Plattform, wie der Dachverband sie jetzt gerade andenkt, in denen natürlich das Angebot der Wiese dann aufgenommen wird, aber auch weitere Probenräume dort dann eruierbar sind über die User der Plattformen, eine wirklich sinnvolle Maßnahme.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich würde jetzt Herrn Hackbusch das Wort geben.

Abg. Norbert Hackbusch: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte vorher vielleicht noch einmal ein bisschen etwas Allgemeines machen. Wir sind jetzt schon in den sehr konkreten Fragestellungen. Als wir uns im Jahre 2011 hier in der Bürgerschaft im Kulturausschuss mit der Frage der Freien Szene auseinandergesetzt haben, hatten wir die Situation, dass wir festgestellt haben, dass es besonders wichtig ist, die Freie Szene zu unterstützen – das war übrigens fraktionsübergreifend – in der Überlegung, dass die Freie Szene von den großen Institutionen in dieser Stadt praktisch an den Rand gedrückt worden ist. Wir waren damals einvernehmlich, übrigens auch mit Barbara Kisseler, die das sehr kräftig unterstützt hat, zu sagen, wir müssen auch in der Lage sein, neue Ideen und auch diese verschiedenen Menschen, die mit neuen Ideen kommen, praktisch damit stärker unterstützen, um praktisch auch diese Potenziale – deswegen ja auch Potenzialanalyse, war ja im doppelten Sinne gedacht – in diesem Bereich praktisch auch heben zu können und in der Lage zu sein, für die Stadt besser nutzen zu können. Wir hatten damals schon die Situation, dass es besonders drängte, weil Berlin und Leipzig, aber vor allen Dingen Berlin ja unheimlich viele abgezogen hat und dort hingewandert sind für diese Situation.

Ich muss für mich feststellen, dass ich den Eindruck habe – und das würde ich gerne als erste Frage haben –, dass sich die Situation seit 2011 eigentlich strukturell trotz der Versprechungen, die eigentlich, glaube ich, fraktionsübergreifend gemacht worden sind, sich strukturell nicht so viel verbessert hat. Da würde mich einfach Ihre Bilanz davon einmal interessieren. Das ist ja in gewisser Weise auch eine Frage von Vermächtnis und Geschichte, die wir hier gemacht haben. Das ist, finde ich, die erste Frage, die mich einfach einmal interessiert, weil unter anderem ja auch damals viele Sachen angesprochen worden sind, die mir eben aufgefallen sind, in dem was Frau Vértés-Schütter gesagt hat, und zwar dementsprechend, dass sie es gefragt hat, was sich strukturell verändert hat. Ich habe es so interpretiert, wie ich ja meine Nachbarn von links vielleicht kenne, strukturell meint immer diejenigen, die nicht mit Geldforderungen verbunden sind, sondern man macht Änderungen in der Struktur, aber man braucht keine finanziellen Veränderungen. Da würde mich einmal interessieren, wie ist denn die Bilanz der strukturellen Veränderungen und wie weit die Forderung praktisch auch, damit man das finanziell auch umsetzen kann, praktisch dort erreicht ist. Diese beiden Bilanzfragen sind für mich erst einmal wichtig.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Hackbusch. Bei Konzeptionsplanung ist doch ... Na ja, gut. Genau, Sie sind gefordert.

Frau Pfundtner: Ja und Nein. Also strukturell ist sicherlich auf eine Art immer wieder etwas passiert und ich würde es auch gern noch einmal ein bisschen größer fassen, also sprich, es hat sich ein choreografisches Zentrum auf Kampnagel gegründet, die K3, da mit der Einführung des Tanzplans, die ein wahnsinniges spezielles Residenzprogramm stemmt für

junge Leute, die für acht Monate da arbeiten können, die hier sich in der Stadt vernetzen, hier arbeiten und zum Beispiel gern bleiben wollen. Oder es gibt einen Masterstudiengang von der Universität, den es damals meiner Meinung nach noch nicht gab, oder wenn, dann gerade die Performance-Studies-Leute, der auch wiederum durch Ausbildungen oder Weiterbildungen eigentlich Möglichkeiten schafft hier in der Stadt, die schon auch etwas Strukturelles bieten, dass Leute hierherkommen, sich austauschen und bleiben. Dann gibt es ja auch neue Sachen wie die Nachwuchsförderung und die Konzeptionsförderung.

Das ist alles immer so – ohne jetzt so zu meckern – angedacht und dann nicht durchdacht. Dass dadurch natürlich nach wie vor eigentlich man immer den Eindruck hat, ja, es ändert sich ganz viel, es wird auch viel belebt, es wird auch viel kommuniziert, es wird auch eigentlich auf eine Art viel getan, aber es ... Ich weiß nicht, ob dann immer so platt dabei enden muss nach dem Motto, es reicht nicht, aber es ist wie, als ob nicht durchgedacht wird. Also ich sage einmal ganz plump: Die, die neu kommen, das ist schön, dass die hier sind, aber die können nicht bleiben. Die, die hier schon lange sind: Das ist ganz schön, dass die eine Aufmerksamkeit kriegen und zum Beispiel eine Startförderung jedes Jahr, aber damit ist denen strukturell nicht geholfen. Die jungen Nachwuchsleute: Es ist schön, dass die 5 000 Euro kriegen. Da sage ich immer, fahr doch in Urlaub und denk dir am Strand vielleicht einfach etwas aus oder so. Oder die Probenräume sind toll: Wenn sie nicht belebt werden für Produktionen, die Spielorte bleiben, ist das so ein bisschen verschenkt. Und das ist so ein bisschen sehr schnell geschossen, so meine Antwort darauf, weil man immer meint, ah, jemand tut, und klar und es bildet sich und man will darüber auch nicht nur meckern, weil irgendwo, es gibt immer viel Potenzial und gleichzeitig verdünnt oder verwabert es sich dann in diesen Sachen, wo man immer denkt, es ist dann eben nicht ganz durchdacht. Das gibt, glaube ich, diesen Eindruck, dass man da dann schon auch einmal wieder hingucken muss. Ja, genau, also hat es sich dann eigentlich vielleicht doch nicht verändert oder es verändert sich, aber es ist eben nicht bis zu Ende gedacht, weil all diese Sachen sich nun einmal bedingen. Es ist ein großes Netzwerk und vielleicht auch zum Einstieg: Ich begreife das immer ganz gern, dass die Freie Szene auch eine Institution ist und dass ich das eigentlich auch ganz gut finde, das zu behaupten, weil dann vielleicht eine Kommunikation oder eine Wahrnehmung sich auch noch einmal ändert. Sie ist halt nur kein statischer Ort, sondern ein multidimensionales Gebilde, eigentlich die Idee einer Institution. Ja, und auch wie sie arbeitet und sich denkt und sich immer neu schafft, eigentlich die Grundidee einer Institution, dass sie kein Machtapparat wird, um Geld zu fressen, um den Apparat in Bewegung zu halten. So. Dadurch ist es schwierig zu beantworten, weil, ja, es tut sich etwas, ja, es bilden sich Strukturen, aber gleichzeitig gibt es dann immer dieses Lähmen, weil es dann nicht weitergedacht wird.

Und überhaupt auch dieses – das ist jetzt, glaube ich, auch für viele Leute betreffend – immer, wie geht es dann weiter danach. Es gibt ja auch nach jeder Idee ein Danach. Und wenn da dann keine Verantwortung und da keine Strukturen weiter geschaffen werden, das heißt, es sind immer so Spontanstrukturen, die erst einmal etwas bilden, worauf sich(...) alle setzen, weil man hat das Gefühl, es ist etwas in Bewegung gebracht worden und dann stagniert es wieder irgendwo, weil es nicht weitergeführt wird oder gedacht wird.

Das war jetzt so schnell mein Versuch von einer Antwort dazu.

Vorsitzende: Vielen Dank. Möchten Sie vielleicht noch ergänzen?

Frau Reifenrath: Ja, ich würde das gerne auch noch mit aufnehmen. Natürlich hat sich viel bewegt und ich finde, dass wir heute hier so zusammensitzen, ist für mich ein Ergebnis davon, dass wir absolut im Gespräch darüber sind, was gebraucht wird und dass die Bedarfe erst einmal anerkannt werden. Das ist schon einmal ein Superergebnis.

Das Ganze ist einfach immer zu gering kalkuliert. Das ist die Schwierigkeit, die Potenzialanalyse hat das immer sehr großzügig getan, aber die Zahlen sind jetzt eben auch

schon fünf Jahre alt. Ich kann mich da Frau Pfundtner nur anschließen. Es gibt immer wieder Module, die dann herausgelöst realisiert werden, die dann aber sozusagen als Struktur- und Entwicklungsplan betrachtet nicht zu Ende gedacht sind, weil auch eine Frau Pfundtner, die jetzt zweimal hintereinander in den Genuss der Konzeptionsförderung gekommen ist, während eine andere Gruppe nicht in den Genuss der Konzeptionsförderung gekommen ist, am Ende dieser Zeit wiederum in Hamburg vor keiner Perspektive steht, weil es sozusagen kein Spitzenfördermodul gibt, das sich an diese Konzeptionsförderung anschließt und keine Möglichkeit, die Produktion sozusagen von Hamburgseite aus auszuwerten. Alles, was in dem Bereich mit Frau Pfundtners Produktionen passiert, leistet sie selber. Also da ist sicherlich noch ganz viel zu tun. Diese Idee, dass die Institution Freies Theater, die längst eine Institution inhaltlich ist und die über Akteure verfügt, die eine unglaubliche Professionalität haben, dass sich das natürlich jetzt in Strukturen abbildet auch und dass es nicht zu verwechseln ist, dass das Freie in Freie Darstellende Künste irgendetwas damit zu tun hätte, dass die Menschen, die darin arbeiten, keine Strukturen brauchen. Da ist, glaube ich, immer noch ein bisschen eine Grauzone und eine Verwechslung da, die wir eben versuchen, mit diesen ganz konkreten Forderungen zum Beispiel nach Honoraruntergrenze einfach ganz deutlich zu unterfüttern, weil, da gibt es überhaupt keine Diskussion darüber, dass öffentlich vergebene Mittel dazu eingesetzt werden müssen, soziale Mindeststandards zu beantworten. Deswegen brauchen wir sofort einen Aufwuchs in den Projektfördermitteln, damit nicht in der nächsten Runde noch weniger Künstlerinnen und Künstler in Hamburg zu schlechten Bedingungen arbeiten können.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank für dieses engagierte Plädoyer.
Eine Nachfrage? Ja.

Abg. Norbert Hackbusch: Ich habe gleich noch eine richtige Frage, aber eine Nachfrage zu dem. Eine der entscheidenden Diskussionen, die wir hatten 2011, war die Diskussion ja, weil ich vorhin schon gesagt hatte, Gefahr der Erosion der Szene Richtung Berlin oder Richtung anderer Städte. Das ist ja für uns als Hamburger Interesse immer eine wichtige Fragestellung davon. Wenn ich jetzt höre – das hat mich ja eben alarmiert – die beiden Äußerungen zu sagen, wenn sich nicht Kräftiges verändert, gibt es keine Geschäftsstelle mehr und der Proberaum wird nicht mehr aufrechterhalten. Angesichts dieser Äußerung würde mich einmal interessieren: Wie ist denn insgesamt die Einschätzung, wie groß ist denn die Gefahr der Erosion noch im Jahre 2011 und im Vergleich zu jetzt? Oder auch sonst allgemein ausgedrückt.

Vorsitzende: Ja, das ist ja noch einmal eine Frage an die Hamburger. Aber ich habe jetzt auch eine Meldung von Herrn Heering gesehen. Dann fangen Sie doch an, Herr Heering.

Herr Heering: Ich würde versuchen, das einmal ein bisschen übergeordnet zu beantworten, wenn Sie erlauben, und zwar erstens haben wir uns in Leipzig – da komme ich her – gefreut, dass Hamburger vor der Tür standen und die Leipziger Szene belebt haben tatsächlich. Es sind Orte geschaffen worden und das hat der Stadt Leipzig gutgetan, vielen Dank. Aber das nur als private Bemerkung.

Es hat sich seit 2011 etwas verändert, dass wir 2011 am Anfang einer Entwicklung standen, deren Auswirkungen wir jetzt vielleicht erst wirklich voll sehen. Das ist eine Entwicklung, die seit 2005 – oder seit der Jahrtausendwende vielleicht – stattfindet, nämlich dass wir eine ganz starke Verlagerung haben von kultureller Produktion eben in diese freien Strukturen. Und dass diejenigen Städte, diejenigen Länder, die das frühzeitig erkennen, dann auch für Aufgaben, die sie in diesem Bereich sehen und erledigt sehen wollen oder auch fördern wollen, eben besonders stark sind. Ich nenne ein Beispiel, ich habe es vorhin schon angesprochen. Vergewärtigen Sie sich die Situation, wir haben gerade die letzten fünf Jahre einen mit 230 Millionen Euro Bundesmitteln gefördertes Programm gehabt – es läuft noch im letzten Jahr, "Kultur macht stark", zur Förderung der kulturellen Bildung, wo auch die Freien Darstellende Künste wesentliche Akteure sind –, weil man erkannt hat, dass man mit

dezentralen kleinen Strukturen sehr viel sehr nah an der Zielgruppe wirken kann. Das ist der Erfolg des Programms. Und das geht nur zurück auf eine professionelle Arbeitsweise, die sich in den letzten 20 Jahren an Hochschulen, an verschiedenen Ausbildungsinstitutionen eben etabliert hat und wo wir eine Reihe von Absolventen in der Szene auch in Hamburg haben, die eine andere Art von Kulturarbeit, die nicht eine Oppositionsarbeit ist zu den staatlichen und städtischen Theatern, sondern die einfach ein anderer Zugang zu Zielgruppen ist, die hat sich stark professionalisiert und die braucht andere Bedürfnisse. Das heißt, 2011 wurde davon gesprochen, machen wir einmal in Hamburg jetzt einen Einstieg. So habe ich die Diskussion damals auch aus einer anderen Ebene mit gehört. Aber jetzt sind wir eigentlich schon fünf Jahre weiter und die Länder, die das nicht schaffen, hier tatsächlich auch nachzusetzen, werden nicht Teil, glaube ich, in gutem Sinne dieser Entwicklung sein. Im Moment ist, wenn ich den bundesweiten Vergleich mir anschau, Brandenburg das Land, in dem es den freien Theatern am besten geht. Da gibt es 25 Gruppen, die haben eine wahnsinnig gute Landesförderung, weil es im Übrigen auch ein politisches Ziel gibt, nur um sozusagen ein politisches Ziel zu sagen, wir wollen gern, dass wir bestimmte Dinge, Theater in die Fläche zu bringen, das wollen wir, die Freien bei ihren Stärken ernst nehmen, das wollen wir mit den Freien zusammen im Verbund erreichen und deshalb geben wir ihnen das Geld, was sie brauchen, um das lösen zu können. Sie werden am besten wissen, welche Aufgaben Sie auch für eine ... also neben der künstlerischen Kernaufgabe, um die es natürlich geht, aber welche Aufgaben Sie mit der Freien Szene sehen, verbinden, was Sie dort für Ziele haben, um das genauso auch zu fördern hier in Hamburg.

Das ist, glaube ich, der große strukturelle Veränderungsprozess, der dort eben stattgefunden hat.

Vorsitzende/Abg. Gabi Dobusch: Vielen Dank. Genau, jetzt müssten die Hamburgerinnen und Hamburger weitermachen. Mich würde ja interessieren, 25 Gruppen, wie viele sind hier in Hamburg unterwegs?

Frau Pfundtner: Oh, die Zahl weiß ich nicht, aber eine Menge. Ich würde sagen, mehr, weil das ja auch zum Teil ... Also Gruppen, ist immer so eine Frage. Es gibt Leute, die arbeiten seit Jahren mit einer Gruppe oder mit demselben Team, es gibt Leute, die suchen sich immer neue Leute für ihre Projekte aus. Aber ich würde sagen, von der Anzahl sicherlich mehr.

Das, was ich noch wichtig finde, noch einmal auf die Erosionsfrage zu kommen und da bin ich gern redundant, weil ich denke, ja, das ist auch wieder ähnlich wie davor natürlich ist die Gefahr von Erosionen groß nach wie vor, weil, und das hat eben genau damit tun, also mit der Verantwortung auch, was ist gebildet worden und wo ist dann die Verantwortung dafür. Also da lande ich dann bei denselben Sachen, ob jetzt K3, Performance Studies oder andere Sachen, die hier Leute reinholen. Sie werden reingeholt, aber es gibt keine Verantwortung, dass sie hier bleiben können. Die, die bleiben, wenn die nicht weiter supportet werden – also sage ich einmal im persönlichen Fall –, wenn dann nach der Konzeptionsförderung nichts folgt, muss ich mir ja auch überlegen, gehe ich zurück auf Projektförderung oder verlasse ich den Beruf oder wandere aus oder so. Das heißt, diese ganzen Sachen, das hat genau mit dem davor zu tun, dieses Weiter-danach, also man gründet die Struktur, sie belebt etwas und wenn du sie dann nicht weiter pflegst und auch weiterdenkst und sie auch aufstockst, dann hast du nach wie vor eigentlich dasselbe Erosionsthema, weil genau, die Leute sind aus diesen Gründen gegangen. Ich finde auch immer – das vielleicht noch einmal so ein allgemeines Bild –, vielleicht mit Leuten, die lange in dem Feld arbeiten, mehr als bei jungen Leuten, das ist irgendwie dann in sich ähnlich, irgendwann brauchst du auch einen Struktur-Push oder eine Sicherung in den Strukturen, weil du deine künstlerische Arbeit, die drehst du eh weiter über Jahre und forschst an der. Die wird sich nicht noch einmal und noch einmal und noch einmal neu erfinden, sondern die Struktur muss die Arbeit heben. Und das genauso von den Institutionen wie wir. Deshalb sage ich ja, also die Institutionen stehen ja auch zum Teil in einer prekären Situation. Deshalb mag ich das ganz gern, eigentlich zu sagen, dass wir auch eine sind und ja auch mit den bestehenden Institutionen kooperieren.

Ja, wie gesagt, da ist es vielleicht, wir haben halt kein Haus, wir sind halt nichts Fixes, aber dass die Strukturen gestützt werden müssen, um eigentlich die künstlerische Arbeit zu heben, das finde ich noch einmal so einen Wink, der klar sein müsste oder der vielleicht verstanden werden müsste.

Vorsitzende: Herr Lübbers würde gern ergänzen.

Herr Lübbers: Ganz aktuell gibt es einen Fall im Sprechwerk mit einer Künstlerin, Irina Demina, die vor zwei Jahren Nachwuchsförderung bekommen hatte und nach ihrer Ausbildung als Tänzerin erste Projekte damit erarbeitet hat, unter enormer Selbstaussbeutung, im Prinzip eine Produktion für diese 5 000 Euro auf unsere Bühne gebracht hat. Die hat in dieser Förderperiode eine 45 000-Euro-Förderung, glaube ich – ich möchte es nicht genau festlegen –, bekommen und war auf der Suche nach einem Probenraum in Hamburg und ist gescheitert, hat diesen Probenraum für den Zeitraum, in dem sie arbeiten möchte, nicht gefunden. Die Alternative ist für sie gewesen, dass sie mit ihrer ganzen Company nach Berlin geht, wo sie den Probenraum dann auf jeden Fall findet, und tatsächlich dann da vier Wochen mit dem gesamten Ensemble das Geld, das sie aus Hamburg bekommt, dort ausgibt für Lebensunterhalt, Mietkosten und so weiter, und dann mit der Produktion nach Hamburg kommt und die im Sprechwerk aufführen wird. Also das beantwortet vielleicht auch etwas.

Frau Reifenrath: Zum Glück wurde ja im Zuge der Potenzialanalyse die Residenzpflicht im Zusammenhang mit der Förderung gelockert. Also, das ist alles okay. Man kann in Berlin produzieren und trotzdem in Hamburg aufführen. Aber in Berlin ist es halt billiger.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank für diese anschaulichen Beispiele. Aber gut, da haben wir auch etwas Gutes beschlossen, immerhin. Jetzt ist Herr Meyer dran.

Abg. Jens Meyer: Ja, schönen guten Abend. Also noch einmal ganz herzlichen Dank auch von meiner Seite für diese – ich will jetzt nicht sagen – verwirrenden Auskünfte, auch wenn Sie mich ein wenig verwirrt hier vielleicht jetzt sehen, denn ich gehöre ja zu denen, die nun auch nicht ihr Leben lang Kulturpolitik machen, sich aber seit geraumer Zeit intensiv damit befassen. Ich hatte sicherlich viele Fragen vor Ihren Auskünften und habe jetzt so viele, unendlich viele Fragen, die ich Ihnen natürlich nicht alle und auch den Kollegen nicht allen zumuten möchte. Aber nichtsdestotrotz, wie gesagt, vielen Dank für diese, wenn auch ernüchternden Auskünfte, die das ganze Dilemma darstellen, in dem wir uns befinden. Mit einem großen Kuchen oder einem kleineren Kuchen, je nachdem, wie man das sehen will, der immer wieder irgendwie zu verteilen ist und wo man immer am Ende wieder feststellt, dass es viel zu wenig ist. Ich fürchte, dieses Dilemma werden wir natürlich auch durch die heutige Veranstaltung nicht auflösen können. Aber ich habe dennoch grundsätzlich noch einmal ein paar Verständnisfragen. Erlauben Sie mir die bitte auch, wenn sie vielleicht teilweise auch von den Kollegen schon angerissen wurden und Sie sie möglicherweise sogar teilweise beantwortet haben, ich sie aber noch nicht ganz verstanden habe.

Die Freie Szene wird ja – so habe ich es zumindest verstanden – nicht nur durch den Dachverband vertreten, sondern der Dachverband ist jetzt ein Verband, der ja jetzt auf Landes- und auf Bundesebene aktiv ist, der, Frau Reifenrath, wenn ich Sie richtig verstanden habe, in Hamburg 100 Mitglieder hat. Ist das richtig? Weil, es erscheint mir so wenig. Aber vielleicht können Sie dazu gleich noch einmal etwas sagen. Also repräsentiert eben nicht die gesamte Freie Szene. Frau Pfundtner hat das ja, wenn ich es richtig verstanden habe, erläutert, dass Sie die Freie Szene eigentlich als Ganzes, als Institution betrachten, wengleich es ja eigentlich keine Institution ist. Aber vielleicht können Sie das noch einmal für mich differenzieren, damit ich wirklich verstehe. Wird denn wirklich die gesamte Freie Szene repräsentiert, wenn man mit dem Dachverband spricht oder wie groß ist der prozentuale Anteil? Ich unterstelle einmal, es gibt viel, viel mehr als 100 in Hamburg, die in der Kunst, in der freien Kunst, in der Freien Szene, so wie wir sie nennen, unterwegs sind in

den unterschiedlichsten Bereichen. Aber vielleicht können Sie mir das noch einmal klarmachen.

Dann wurde die Potenzialanalyse von 2011 ja auch schon vielfach erwähnt. Da stellt sich mir die Frage – ich habe das so aus Ihren Worten entnommen –, als wenn wir seitdem noch nicht wirklich wesentlich weitergekommen sind trotz dieser Analyse, die, wie Sie ja auch sagten, eigentlich alles beinhaltet, aber wo es bei der Umsetzung offensichtlich erheblich hapert. Meine Frage wäre daher: Ist es aus Ihrer Sicht überhaupt sinnvoll, diese Analyse fortzuführen, sie noch einmal zu aktualisieren, auch im Hinblick auf Entwicklungen wie Mindestlohn, wo sich ja aus meiner Sicht doch verschiedene oder erhebliche Veränderungen eigentlich ergeben müssten? Denn es wurde auch schon von den Kollegen angesprochen: Das gleiche Geld, was jetzt für ein Projekt gegeben wird, muss ja jetzt erheblich höhere Personalkosten abdecken, bedeutet im Umkehrschluss, dass für das Projekt an sich wesentlich weniger übrig bleibt. Also inwieweit ist das in der Potenzialanalyse überhaupt erfasst? Kann es ja eigentlich nicht sein, weil das Gesetz meines Wissens wesentlich später kam. Und müsste das also aktualisiert werden oder ist es am Ende auch nur viel Papier und viel Analyse, die Ihnen überhaupt nicht weiterhilft?

Und der dritte Punkt – dabei will ich es vielleicht erst einmal bewenden lassen –, Sie haben ja auch verschiedene Bereiche angesprochen, die dringend einer zusätzlichen Finanzierung bedürfen, also irgendwie eine Unterstützung oder eine Dauerhaftigkeit, sage ich einmal, in der Geschäftsstelle des Dachverbandes – so habe ich das verstanden– zumindest eine Teilstelle, die also über auch eine etwas längere Frist die Mitarbeit und das Funktionieren einer Geschäftsstelle sichert, ist meines Erachtens von besonders großer Bedeutung. Das wurde ja damals bei dem Treffen des Festivals Hauptsache Frei ja auch schon einmal thematisiert. Dann ging es noch um eine Internetplattform – so habe ich das in Erinnerung–, wo man sich mit der gesamten Szene auch im Grunde gewisser Synergien bedienen könnte, wenn es sie denn gäbe und sie denn finanziert wäre.

Und der dritte Punkt in dem Zusammenhang ist noch einmal dieser Probenraum. Da ist mir noch etwas unverständlich, wie sich das mit der Miete verhält. Sie sagten, der ist im Grunde zu teuer, Sie mieten den von der Kreativ Gesellschaft. Wie setzt sich denn diese, wie Sie sagen, teure oder hohe Miete zusammen? Also was für Kosten gehen denn in dieser Miete auf? Das ist ja, unterstelle ich jetzt einmal, wahrscheinlich ein städtisches Gebäude, um das es da geht. Geht es da also nur um Verbrauchskosten, also Nebenkosten, Strom, Wasser, was weiß ich, was da alles anfällt, Instandhaltungen oder wie ist diese Miete irgendwie zu beziffern? Vielleicht können Sie mir dazu auch noch etwas sagen. – Vielen Dank erst einmal.

Vorsitzende: Ja, Frau Reifenrath, wollen Sie?

Frau Reifenrath: Ich versuche das einmal, schnell und bündig zu beantworten.

Also zur ersten Frage: Die Vertretung nicht nur durch den Dachverband freie darstellende Künste. Wir sind natürlich wie Sie der Meinung –und so ist es auch –, dass es sehr viel mehr Akteure der Freien Szene in Hamburg gibt. Eine Vergleichszahl ist vielleicht, dass 144 Anträge in Hamburg gestellt werden, die für die Projektförderung in der letzten Runde, die im Mittel vielleicht, sagen wir einmal, alles zwischen drei und zehn Akteuren haben. Also das kann man ungefähr hochrechnen. Es gibt sicherlich auch personelle Überschneidungen, also Leute, die in mehreren Projektanträgen vorkommen, aber wir gehen schon von einer Gruppe von Künstlerinnen und Künstlern aus, die sich um die 500 bewegen. Nicht alle sind natürlich im Dachverband. Das hat ganz schnöde Gründe, muss ich Ihnen leider sagen, wie einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 61,20 Euro, den nicht alle bereit sind zu zahlen oder auch nicht zahlen können. Und es sind natürlich auch Gruppen bei uns vertreten. Das heißt, wenn eine Gruppe bei uns vertreten ist, dann tritt einer ein, aber das kann natürlich eine Gruppe sein, die auch aus 10 oder 20 Leuten besteht. So setzt sich vielleicht die Zahl von rund 100 Mitgliedern zusammen. Es sind auch Spielstätten.

Die zweite Frage, der Bezug vom Mindestlohngesetz, der erst nach dem Verfassen der Potenzialanalyse überhaupt gesetzt wurde, ist es eher so, dass natürlich der Mindestlohn unsere Forderungen nach Honoraruntergrenzen – und das war ein jahrelanger Prozess, dass wir sozusagen das Selbstverständnis entwickelt haben, dass wir das Thema jetzt wirklich nach vorne bringen und das wurde natürlich durch das Mindestlohngesetz beflügelt, weil wir zum ersten Mal sozusagen belastbare Zahlen hatten, um zu sagen, guck 'mal, das müssen wir für uns selbst auch fordern. Das wurde auch noch beflügelt durch zum Beispiel den Report Darstellende Künste, aus dem hervorging, wie schwierig die soziale Situation von darstellenden Künstlern in Deutschland ist und wie sich ihre Einkünfte im Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen in Deutschland verhalten und überhaupt in diesem ganzen Prozess von, wir reden endlich einmal über Geld so deutlich und es wird endlich einmal reingeschrieben, wie viel Geld ein Antrag bekommen hat und wir sprechen darüber, was Mindesthonorare sind und wir machen es nicht mehr rein über dieses, ja, aber ich will unbedingt, dass das Projekt zustande kommt und es ist mir egal, wie viel ich dafür verdiene. Man muss auch sagen, dass je jünger die Künstler werden in meinem Verständnis, sie immer selbstverständlicher und selbstbewusster auch darüber reden, dass sie natürlich auch von ihrer Kunst leben wollen. Hamburg als Hochburg der Ausbildung im darstellenden Bereich, also mit dem Regiestudiengang, dem Musiktheaterstudiengang, mit den Performance Studies, mit dem Schauspielstudium, mit den verschiedenen privaten Schauspielschulen, mit den Tanzausbildungen, bildet ja wahnsinnig viele junge Künstler aus, die sich durchaus sehr bewusst sind dieser sozialen Situation und das so nicht mehr gewillt sind, hinzunehmen, weil sie wissen, dass sie sehr gut ausgebildet sind.

Zur dritten Frage, die sich jetzt auf die Ideen bezog, die wir schon einmal in unserem Treffen in der ersten Runde während Hauptsache Frei hatten. Ich gehe einmal als Erstes auf den Probenraum ein. Wir zahlen tatsächlich eine Miete an die Kreativ Gesellschaft, die auch eine Kaltmiete beinhaltet. Also wir zahlen dort nicht nur Nebenkosten. Es ist allerdings der geringere Teil. Also, wenn ich das jetzt so aus dem Kopf weiß, richtig sind es, glaube ich, 180 Euro Kaltmiete für den Raum, der immerhin 180 Quadratmeter groß ist, also da eine sehr günstige Miete, und der Rest, also alles, was zur Summe von 889 Euro raufgeht, sind Nebenkosten, wobei wir ehrlich gestanden noch nie eine Nebenkostenabrechnung von der Kreativ Gesellschaft bekommen haben, die ich mehrmals eingefordert habe. Also so setzt sich die Miete zusammen. Davon mieten wir selber ein Büro aus den Mitteln der Geschäftsstellenförderung. Also wir tun noch einmal etwas rein von DfdK-Seite, damit der Raum für 700 Euro an die Künstler vermietet werden kann, die Mitglied im DfdK sind, und das ist bei einer Probenzeit von vier, sechs, acht Wochen zum Beispiel mit einer Nachwuchsförderung unerschwinglich, weil es schon ein Drittel der Förderung verschlingen würde. So, das ist also der Punkt Probenraum.

Die Internetplattform, all diese Aufgaben, die Sie genannt haben, sehen wir eben in einer Servicestelle oder in einer Geschäftsstelle, die den Beratungsaufwand und den Vernetzungsaufwand, die Vermittlung zwischen zum Beispiel so etwas wie Akteuren aus dem Kinder- und Jugendbereich und Schulen, die besser informiert werden müssen über das Angebot, das es im Bereich Kinder- und Jugendtheater aus dem freien Bereich gibt. All diese Aufgaben könnte so eine Geschäftsstelle, eine Servicestelle, die entsprechend personell ausgestattet ist, natürlich für die ganze Szene übernehmen.

Ich hoffe, damit habe ich jetzt alles beantwortet.

Vorsitzende/Abg. Gabi Dobusch: Also, das war schon eine sehr ausführliche Antwort, vielen Dank. Ich gestatte mir jetzt den Hinweis, uns müsste eigentlich allen diese Potenzialanalyse vorgelegen haben. Wir hatten ... alle Ausschussmitglieder Zugang dazu. Wenn nicht, melden Sie sich bitte. Einige Exemplare habe ich hier auch schon gesehen und vielleicht kann man auch ins Protokoll noch einen Hinweis aufnehmen, wo diese erhältlich wäre für den Fall, dass jemand sie nicht zur Verfügung hat.

(www.hamburg.de/contentblob/3425334/data/potentialanalyse-freie-szene.pdf)

Dann habe ich mich selbst auf die Liste gesetzt, um einmal nachzufragen. Wir reden hier immer über einen speziellen Proberaum, aber ich kann aus meiner ganz lange zurückliegenden Erfahrung in der Freien Szene mir gar nicht vorstellen, dass es wirklich nur einen Proberaum in der ganzen Stadt gibt. Vielleicht könnten Sie einfach dazu noch einmal etwas sagen. Wer auch immer da auskunftsfähig ist. Herr Lübbers geht in sich, genau.

Herr Lübbers: Ich versuche das jetzt einmal. Wir erleben das ja ständig, dass die Gruppen ins Sprechwerk kommen mit premierefertigen Produktionen, also wir einen Einrichtungstag haben, wo das Sprechwerk dann die Technik gemeinsam mit den Gruppen dann vorbereitet dafür, dass dann am nächsten Abend Premiere gefeiert werden kann. Und was ist in den sechs Wochen vorher gewesen? Also diese Geschichten, die lassen wir uns wirklich gern erzählen, weil, die sind wirklich manchmal absurd. Ja, da geht es also tatsächlich da los, dass die mit Schnapsflaschen loslaufen und Hausmeister an Schulen bestechen, dass die abends in einen Klassenraum rein können. Es wird in ...

(Abg. Norbert Hackbusch: Wortprotokoll!)

(Heiterkeit)

Vorsitzende: Sie haben den Hinweis gehört.

Herr Lübbers: Aber Schnaps ist doch jetzt kein Marihuana. Ich verstehe das nicht, Herr Hackbusch. Also dass Gemeindesäle von Kirchen versucht werden zu nutzen in leerstehenden Zeiten, die oftmals mit harten Betonböden ausgestattet sind, wo es keine schwingenden Untergründe gibt. Dass viel auf Privaträume zurückgegriffen wird, die man im Familienkreis irgendwo vorfindet. Also das sind wirklich keinerlei professionellen Arbeitsbedingungen, die denn da stattfinden. Dass es in der Stadt durchaus noch den einen oder anderen mietbaren Probenraum gibt, das ist durchaus so, aber die Miete, die wir jetzt gerade von Susanne Reifenrath gehört haben, von 1 Euro pro Quadratmeter, die dann auch noch dadurch reduziert wird, dass ein Verband da ein bisschen etwas zugibt und dann aber auch also extrem hohe Nebenkosten dann produziert –das ist tatsächlich einmal interessant, das zu erfragen, wo das herkommt –, die finden wir nicht, diese Räume. Also wenn man jetzt zum Beispiel in der Dosenfabrik sich einen Raum anmietet, ist man also auch mit rund 9 bis 10 Euro den Quadratmeter dabei monatlich, die entrichtet werden müssen. Und meistens sind die Räume von einer Größe zwischen 200 und 300 Quadratmetern. Also da kommen schon Summen zusammen.

Die Probenraumsituation ist aus unserer Erfahrung sehr schlecht. Im Tanzbereich gab es einmal eine ganze Zeit lang eine Probenraumförderung, die ganz gut funktioniert hat mit der Triade und anderen Räumen, die seitens der Kulturbehörde angemietet worden sind und zur Verfügung gestellt worden sind. Da hören wir in letzter Zeit allerdings auch von vielen Problemen und Schwierigkeiten, die sich da auftun. Also, eine professionelle Struktur ist da auch nicht zu sehen.

Frau Reifenrath: Ich möchte noch ganz kurz ergänzen. Es gibt die Probephöhne im Gängeviertel, die auch in diesem Jahr noch gut funktioniert, weil sie im letzten Jahr mit einer Basisförderung von der Kulturbehörde ausgestattet wurde, was uns gar nicht gut gefallen hat, weil diese Mittel natürlich eigentlich in Projekte fließen sollten. Also natürlich hat uns gefreut, dass die Probephöhne unterstützt wurde, aber mit dem falschen Geld. Die Probephöhne soll ja auch zu den sehr günstigen Konditionen noch im nächsten Jahr möglichst angeboten werden und auch dort hat sich die Probephöhne im Gängeviertel um eine Förderung bemüht und ich hoffe, dass die auch wieder gewährt werden kann, denn das ist ein wichtiger Ort inzwischen für die Szene geworden, weil die auch den Raum sehr günstig anmieten können.

Vorsitzende: Frau Pfundtner möchte auch ergänzen.

Frau Pfundtner: Nein, nur ganz schnell abschließend vielleicht so zum Verständnis, warum es irgendwie an Proberaum auf eine Art immer mangelt, hat einfach auch damit zu tun, dass der auf sehr unterschiedliche Weise genutzt wird. Zum Beispiel, wenn du auf Kampnagel produzierst, hast du das Glück, die haben Proberäume, verschiedene Institutionen, die auch arbeiten, produzieren, haben das oder haben das nicht. Und ich glaube, es ist immer so eine Mischung aus, was auch so ein bisschen die Diversität von der Freien Szene ist, also benutzt du den Proberaum und kannst den auch nur stündlich mieten, weil du zum Beispiel Unterricht vorbereitest oder Workshops vorbereitest. Nutzt du ihn zum Produzieren, dann brauchst du ganz andere Möglichkeiten. Du musst die Möglichkeit haben, zwei bis drei Monate in einem Probenort zu sein, wo du sechs bis acht Stunden bist. Den besetzt du für andere Leute, die müssen das vermieten für Unterricht, du musst deine Sachen da lagern, weil du vielleicht mit Requisiten probst. Na, das ist das, um das ein bisschen zu verstehen, ja, wieso, es gibt doch einiges, hat einfach auch damit zu tun, wie darin gearbeitet wird und für was. Und da gibt es schon einen großen Bedarf, selbst wenn zum Beispiel die Performance-Studies-Leute, also von diesem Masterstudiengang, ihre Abschlussarbeiten machen, die greifen dann auch plötzlich händeringend, weil die an der Uni vielleicht auch nur ein, zwei viel zu ... dafür gar nicht geeignete Räume haben, auf Kampnagel K3 und auf alle Proberäume, die sie kriegen. Und wenn man sich das dann vorstellt, wenn all diese Menge an Leuten, die Produktionen haben, die Premieren haben, wo sie mit Institutionen vielleicht kooperieren, die auch nur eine begrenzte Möglichkeit an Proberaummöglichkeiten haben, und eben diese ganzen anderen Sachen, wofür du sie brauchst, dann, glaube ich, kriegt man so ein Bild davon, warum es nicht reicht. Das noch einmal so aus der Praxis.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Herr Kruse hat jetzt das Wort.

Abg. Dr. Jörn Kruse: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Im Gegensatz zu Herrn Wersich, der sich, glaube ich, schon ziemlich gut in der Branche auskennt, bin ich ein absoluter Laie und das schicke ich einmal voraus, um die Einfachheit meiner Frage gewissermaßen zu entschuldigen. Ich habe auch keinen künstlerischen Background wie wahrscheinlich die meisten im Publikum hier, sondern ich bin einfacher Ökonom und so sind auch meine Fragen jetzt.

Also Sie haben ja vorhin etwas gesagt über die Einkommen und da können einem ja nur die Tränen kommen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass das wirklich Einkommen sind, von denen Leute leben müssen. Also, da ist meine Frage, ist der typische Fall, dass die unterstützt werden von ihren Eltern, von ihren Partnern oder haben die alle Brotberufe tagsüber, womit sie ihre Miete zahlen können oder was ist da der typische Fall? Von den Zahlen, die Sie genannt haben, ist es unmöglich, in Hamburg zu leben. Das ist, glaube ich, jedermann klar. Mich würde auch das interessieren, was Herr Meyer schon gefragt hat und was ich dann auch ein bisschen präziser wüsste, nämlich: Wie viele Personen betrifft das überhaupt hier in Hamburg? Sie haben ja auch ... bei 200 haben Sie gesagt, nein, es müsste eigentlich viel mehr sein. Aber das finde ich schon einmal ganz wichtig zu wissen: Über wie viele Leute reden wir überhaupt und wie viele sind das im Verhältnis zu der Residualmenge? Die Residualmengen sind offenbar die ordentlichen Theater, also die etablierten Häuser, neben denen dann die Freie Szene existiert. Aber wie ist das quantitative Verhältnis zwischen denen?

Dann würde mich interessieren, wie viele Produktionen und Zuschauer erreichen Sie eigentlich. Ich habe nicht die leiseste Vorstellung, wie viele Zuschauer Sie erreichen in dem, was Sie da tun.

Und meine letzte und für einen Ökonomen entscheidende Frage ist: Können Sie etwas über den Kostendeckungsgrad sagen? Ich vermute einmal, die Förderung ist im Wesentlichen die

Differenz zu den Erlösen, aber ich habe weder eine Vorstellung von den Erlösen noch von den Kosten, die Sie haben, aber der Kostendeckungsgrad würde mir als Orientierungsgröße schon einmal helfen, das Problem zu verstehen. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, interessante Fragestellungen. Wer von Ihnen möchte den Anfang machen? Herr Heering.

Herr Heering: Mir ist einmal in dem Zusammenhang die Frage gestellt worden: Und was machen Sie beruflich? Da war ich Geschäftsführer eines kommunal geförderten Hauses. So ungefähr ... also so. Natürlich, also ich kenne die Frage gewissermaßen. Die ist wahrscheinlich auch anderen hier nicht ganz unbekannt. Ob Sie es glauben oder nicht: Es gibt wahnsinnig viele Kolleginnen und Kollegen, die von diesem unglaublich niedrigen Einkommen versuchen zu überleben, und zwar als Einkommen für sich. Ich habe das schon gesagt, dass die Studie, die ich von Herrn Söndermann, der ja kein ganz Unbekannter ist im Bereich der Kulturforschung, habe ich eingangs zitiert, der ermittelt hat, grob – das gibt es nicht als Detailforschung –, aber über alle Einkommensarten, Mikrozensusdaten et cetera pp., also nicht nur KSK-Angaben, das wäre tatsächlich nur ein Ausschnitt, über alle Einkommensarten haben wir ein Medianeinkommen im Bereich der künstlerischen Berufe von 8 500 Euro. Und es gibt sicherlich diverse Konstruktionen von weiteren Neben- und Quereinkommen, richtig. Die Frage ist: Welche Art von Einkommen in künstlerischer Tätigkeit wollen wir realisieren? Denn das, was Sie andeuten, was möglich wäre, ist ja nicht das, was erreicht werden soll für eine professionelle Tätigkeit. Und Sie haben auch wahrscheinlich recht, es ist nur sehr schwer möglich, für alle die Akteure – über wie viel Leute reden wir eigentlich? – genau dieses Einkommen aus Projektförderung beispielsweise zu realisieren. Deshalb ist es – und das ist ein schwieriger Prozess – in den Verbänden Konsens gewesen zu sagen, wir reden davon, dass in dem Augenblick, wo wir von staatlicher, also Landesförderung reden, sollte das möglich sein. Das ist schwer, das zu akzeptieren für diejenigen, die dann nicht haben, aber einfach um klar zu machen, wenn Landesförderung fließt, dann sollte es möglich sein, deutlich über dem zu liegen, was dieser Median über alle Einkommensarten ermöglicht.

Kostendeckungsgrad kann ich für die Hamburger Kolleginnen und Kollegen nicht im Detail sagen, müsste jetzt jemand von den Hamburgern beantworten, ebenso wie Zuschauerzahlen. Alles das, was wir bundesweit für diese Zahlen haben – und das wäre dann interessant, ob das in Hamburg wirklich abweichend ist –, ist, dass Sie nehmen die großen staatlichen Betriebe und nehmen alles das, was nicht die großen staatlichen Betriebe sind, und sie haben ungefähr die gleiche Zuschauerzahlen und einen Kostendeckungsgrad, der immer ungefähr bei 10 Prozent dessen liegt. Also das, was Sie an (...) Kosten pro Sitzplatz – Entschuldigung. Das wäre sozusagen die Rechnung, die ja gemacht wird, sind wir ungefähr bei 10 Prozent in der Regel dessen, was die großen staatlichen Einrichtungen über alles und die gesamten übrigen Einrichtungen über alles an Kosten und (...) haben.

Vorsitzende: Sie wollen ergänzen? Gern.

Herr Lübbers: Ja, ich würde da ganz gern kurz ergänzen. Wir haben vor einiger Zeit einmal im Rahmen von "Hamburg off" eruiert, wie viele Menschen wir in der Stadt ungefähr ansprechen und wir wussten uns auf Augenhöhe mit dem FC St. Pauli. Ganz neue Zahlen liegen da im Moment nicht vor und ich würde gern das zu Protokoll geben. Das ist für uns nämlich auch noch einmal interessant, tatsächlich das zu eruieren, und das machen wir. Alle Zahlen, um das zu nennen, werden von allen Spielstätten und auch im Rahmen der Verwendungsnachweise der Kulturbehörde gemeldet. Also die sind nachvollziehbar und auch erreichbar. Was die Zahlen der Akteure in der Stadt angeht, möchte ich gern noch einmal darauf hinweisen, dass jetzt Anfang des Jahres ein versprochener Kreativwirtschaftsbericht aussteht, in dem das exakt dann zu finden wäre, was Sie an Nachfragen zu den Zahlen haben.

Und noch einmal ein persönliches Wort: Ja, ohne die Förderung durch meine Familie könnte ich diesen Beruf nicht ausüben. – Danke.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Sie haben eine Nachfrage? Ja.

Abg. Dr. Jörn Kruse: Zwei ganz kleine Nachfragen. Also das mit dem Kostendeckungsgrad habe ich eben, glaube ich, nicht so richtig verstanden, wie hoch er jetzt ist. Vielleicht können Sie das noch ein klein bisschen präzisieren. Der zweite Punkt ist, also ich habe meine Frage nicht so normativ gemeint, wie Sie sie beantwortet haben. Also ich bin wie Sie der Meinung, dass es eigentlich so sein soll, dass jemand, der Künstler ist, auch davon leben können sollte. Aber wenn ich die Zahl sehe, die Sie genannt haben, dann ist mir klar, davon kann man nicht leben in Hamburg. Also die müssen irgendetwas anderes, im positiven Sinne also, was tatsächlich der Fall ist, die müssen von irgendetwas anderem leben. Sie haben gesagt, von Ihrer Familie. Ist das bei allen so? Kann man sagen, die leben davon, dass der Ehepartner oder der Freund einen ordentlichen Beruf hat, von dem man die Miete zahlen kann oder was ist die typischste Situation von den Leuten? Oder sind die alle erst 20, sodass sie sagen, morgen verdiene ich etwas oder so? Ich möchte einfach es gern verstehen.

Frau Reifenrath: Also, die KSK liefert ja auch noch einmal ganz konkrete Zahlen, wie es dann in den verschiedenen Alterssegmenten ist und natürlich steigt das Einkommen, aber nur sehr gering im Laufe der beruflichen Tätigkeit. Man muss dazu sagen, die KSK hat eine Nebenverdienstgrenze für nicht künstlerische Tätigkeiten von 4 500 Euro. Also das ist das Maximale, was ein Künstler verdienen kann nebenberuflich, nicht künstlerisch, bevor er aus der KSK fliegt und damit seine günstige Sozialversicherung verliert. Also da können Sie schon einmal sehen, dass es da keine Spielräume gibt, dass jemand einen Day Job hat und davon seine Kunst finanziert. Ob jetzt die Einzelnen davon leben, dass der Partner einen sicheren Job hat, das können wir so nicht sagen. Wir sind auch nicht die, die jetzt die Strukturen haben, um zu evaluieren und Zahlen zu ermitteln, würden uns aber sehr freuen, wenn sich dieser Aufgabe einmal jemand annehmen würde, aber das ... erstens fließen bei uns, wie gesagt, nicht alle Zahlen, alle Akteure zusammen und zweitens ist das auch nicht unser erstes Interesse.

Vorsitzende: Ich habe gesehen, Frau Pfundtner.

Frau Pfundtner: Ja, nur als Letztes, um so ein Bild wenigstens zu vervollständigen. Ich habe keinen reichen Partner. Es ist so, dass die Leute einfach verschiedene Funktionen und verschiedene Professionen ... oder ihre Professionen verschieden nutzen, um an ihr Geld zu kommen. Es gibt eine Möglichkeit, zum Beispiel ein Bühnenstück zu produzieren, und ansonsten haben die Künstler natürlich verschiedene Möglichkeiten zu unterrichten, zu kooperieren mit anderen Gruppen, auf Gastspiele zu gehen, dadurch ihr Geld zu verdienen, dass ihre Show in anderen Ländern, in anderen Städten gezeigt wird. Dazu haben sie Einnahmen mit dem Produkt, das hier in Hamburg entstanden ist. Wie gesagt, sie unterrichten, sie sind eingeladen für andere Projekte, sie coachen, also sie machen tatsächlich alles. Und das ist mir auch wichtig, stolz und professionell zu sprechen: Sie verdienen sehr wohl ihr komplettes Jahresgehalt, oder die meisten zumindest, mit ihrer Profession. Nur, das zeigt sich nicht immer oder ausschließlich in einer Bühnenproduktion, sondern nebenher machen sie ganz viel, was das wieder bereichert oder austauscht, was aber auch mit ihrer Profession und ihrer Ausbildung zu tun hat. Da setzt sich dann ein Gesamtgehalt zusammen, wo die Bühnenproduktion im besten Fall projektorientiert, die dich für drei Monate stützt oder vielleicht noch ein bisschen mehr mit der Recherche, aber das war es dann, du kannst dann natürlich nicht das Jahr davon leben, da musst du dir noch andere Sachen akquirieren, die sehr wohl mit deinem Beruf zu tun haben, aber die dann nicht nur auf das Produkt Bühnenergebnis sind. Also, um so ein Bild einmal zu kriegen.

Vorsitzende: Vielen Dank.

Herr Lübbers: In der Branche, muss man auch dann einmal dazu sagen, herrscht ein überdurchschnittlich hoher Ausbildungsgrad. Es ist eine wirklich mit vielfältigen Fähigkeiten und mit langen Ausbildungen verbundenes Berufsbild und die Menschen, die in der Freien Szene arbeiten, tragen auch eine ganze Menge an sozialen, an Bildungsaktivitäten mit in die Stadtgesellschaft rein, von denen teilweise halt eben auch wieder Einnahmen dann erzielt werden können. Also das, was Antje beschreibt, ist auf der einen Seite, dass man so bei sich noch einmal guckt, was kann ich denn noch alles, womit ich noch Geld verdienen kann, und auf der anderen Seite aber auch noch einmal nach draußen guckt, welche Bedarfe gibt es eigentlich noch in der Stadt, an meinen Fähigkeiten und an meinen Ausbildungsmitbringenseln, die ich habe, und da gibt es durchaus eine ganze Menge Möglichkeiten für die Einzelnen. Aber uns ist es noch einmal ganz besonders wichtig, dass nicht das jetzt das Thema eigentlich dieser Anhörung ist, wie kommt jetzt der einzelne Mensch in der Freien Szene durch das Jahr, sondern uns geht es darum, wie können wir die Förderung der Künstler mit Ihnen zusammen so denken, dass all diese teilweise auch Kunst verhindernden Notwendigkeiten manchmal im Fokus des Alltags mehr stehen als tatsächlich kulturelle Schöpfungsprozesse. Da möchten wir Sie bitten, mit uns gemeinsam Strategien und Wege weiter zu eruieren.

Eine Frage war, glaube ich, noch offen geblieben, die uns auch umtreibt, nach dem Wert und nach dem derzeitigen Stand der Potenzialanalyse. Also grundsätzlich können wir schon einmal sagen, alles das, was in der Potenzialanalyse steht und nicht umgesetzt ist bis heute, gehört unbedingt noch mit zu dem Katalog, den wir erfüllt sehen möchten. Erstens.

Zweitens, auch in der Potenzialanalyse – das wird vielleicht viele überraschen – ist von Mindestlohn die Rede schon. Also da war die Potenzialanalyse sehr weit vorne schon. Also das ist teilweise schon mit eingepreist. Aber natürlich ist über diese fünf Jahre seit der Existenz es angemessen, über die Erhöhung der Beträge nachzudenken und das müsste man dann in dem Einzelfall tatsächlich noch einmal rechnerisch machen. Eine neue Potenzialanalyse oder eine Erweiterung der Potenzialanalyse halten wir vom Dachverband und auch von den off-Theatern nicht für nötig, interessanter wäre tatsächlich Evaluation zu machen, Evaluation dessen, was bereits an strukturellen und finanziellen Veränderungen geschehen ist mit welchen Auswirkungen, und Evaluationen auch hinsichtlich von Potenzial, das umgesetzt werden könnte.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Lübbers, also auch für diese Anregungen. Es war ja fast schon ein Schlusswort.

(Zuruf)

Ich wollte schon sagen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, aber Herr Hackbusch hat sich gerade gemeldet. Bitte, Herr Hackbusch.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Eine Frage ist da natürlich noch, und zwar die im Zusammenhang mit den Honoraruntergrenzen. Meine Vorbemerkung dazu bedeutet ja, dass es mich schon erstaunt, dass irgendwie praktisch dieser Mindestlohn im Bereich der Künste dazu führt, dass die FDP vielleicht doch noch einmal recht bekommt damit, dass sie sagt, der Mindestlohn würde Arbeitsplätze vernichten. Das ist ja die Art und Weise von Logik, mit der die Kulturbehörde jetzt gegenwärtig damit umgeht, dass man sagt, man hat einen höheren Lohn und bietet dementsprechend weniger Produktionen dafür an und dementsprechend weniger, was man insgesamt so darstellt. Das fände ich jedenfalls eine befremdliche Art und Weise, damit umzugehen. Wir machen es ja auch nicht so, dass wir in den Museen das so machen, nur weil dort die Bezüge der Pförtner angestiegen sind um 15 Prozent durch den Mindestlohn, dass wir jetzt 15 Prozent weniger Öffnungszeiten haben. Von daher ist das in der Logik, würde das eigentlich nicht passen.

Meine Frage aber an diejenigen, die hier ja Auskunft geben können – das ist ja nicht die Kulturbehörde jetzt –, ist diesbezüglich eigentlich: Wie sind denn Ihre Erfahrungen eigentlich mit der Honoraruntergrenze und der Art und Weise, wie die Kulturbehörde die durchführt im Moment in den aktuellen Produktionen? Ist das denn der Weg, der richtig ist? Werden da die richtigen Untergrenzen ungefähr gegenwärtig eingehalten und ist das so der Weg, mit dem man weiterhin umgehen kann, nur, mit der Kritik, die ich verstanden habe, dass die Produktion dann eingeschränkt wird, aber sonst, wie ist Ihre Bilanz davon?

Vorsitzende: Ja, wer möchte anfangen? Frau Reifenrath.

Frau Reifenrath: Wir haben jetzt noch nicht so viele Erfahrungswerte damit, weil in der letzten Förderrunde sozusagen die Honoraruntergrenzenempfehlungen des DfdK relativ kurz vor Antragsschluss veröffentlicht wurde und es sozusagen ein relativ informeller Vorgang war zu sagen, okay, wollt ihr wirklich, dass die Jury sich darauf jetzt beruft und wir dann aus der Szene die Meldung haben, ja, das wollen wir, auch wenn es bedeutet, dass jetzt die Produktionen erst einmal zurückgehen in den absoluten Zahlen, weil, wir wollen einfach jetzt dieses Zeichen setzen, dass das wichtig ist.

Jetzt sind wir in der zweiten Förderrunde. Wir haben es noch einmal dezidiert allen Antragstellern mit auf den Weg gegeben, dass sie sich auf die Honoraruntergrenzenempfehlungen beziehen sollen. Das Ergebnis davon werden wir jetzt erst in der nächsten Förderrunde in der Auswertung, die es ja auch schon einmal gegeben hat, also die Frage absolute Zahlen der Anträge und im Verhältnis zur Fördersumme, da wird sich das wahrscheinlich noch deutlicher abspiegeln. Und für uns war das aber der einzige Weg, um zu sagen, wir setzen für uns jetzt einmal als Selbstverständnis die Honoraruntergrenze ein und gehen da nicht mehr runter und jetzt müsste sozusagen die Forderung dementsprechend beantwortet werden schon für die laufende Förderrunde, denn das wird sich deutlich abzeichnen.

Vorsitzende: Frau Pfundtner.

Frau Pfundtner: Ja, ich musste mich nur zahlentechnisch einmal abgleichen, weil, die Frage finde ich ganz gut. Ich glaube, die Kulturbehörde wäre dem schon wohlgesonnen zu sagen, ja, natürlich sollt ihr das einbehalten, aber ich bin ganz langsam mit Zahlen, weil ich gerade schnell Martin Heering gefragt habe, okay, 35 000 Euro ist schon so der Höchstsatz, das kriegt die Konzeptionsförderung. Was kann ich denn da machen mit der Honoraruntergrenze, für wie lange mit wie vielen Leuten. Und wir kamen so schnell auf drei Leute, einen Monat. Und damit ist es für mich schon wieder beantwortet. Also die Kulturbehörde kann mir die Daumen drücken, dass ich mehr Gelder finde, um dann zu sagen, das Projekt, was du eingereicht hast, wir wünschen dir viel Glück, wir geben dir einen Startschuss, dass du es so realisieren kannst, dass deine drei Leute auf der Bühne und deine fünf Leute im Team, oder wie groß auch immer, das dann auch umsetzen können mit Rücksichtnahme auf die Honoraruntergrenze. Von daher denke ich fast, da beißt sich wieder für mich so komisch die Katze in den Schwanz, weil bestimmt wird die Kulturbehörde ... und dann ist die Frage, ob sie sagt, aber dann geben wir deine 35 000 Euro also nur für Honorare und dann kommt schon wieder diese Denke rein. Deshalb fand ich das jetzt ganz spannend, mir noch einmal die Zahl abzuholen, was könnte ich machen mit 35 000 Euro, wie viel Personen und wie lange könnte ich arbeiten. Das heißt, ich persönlich würde ein Solo ohne Musik mit Dramaturgie machen oder so.

Vorsitzende: Das macht es ganz schön anschaulich, plastisch. Genau. Herr Gögge.

Abg. René Gögge: Ja, vielen Dank. Vielen Dank auch noch einmal an die Auskunftspersonen für die bisherigen Auskünfte. Ich glaube, für mich hat sich in der Summe – ja – mit dem Treffen bei "Hauptsache Frei" und dem Abendessen bei Kampnagel jetzt auch noch einmal mit den heutigen Auskünften schon ein sehr rundes Bild insgesamt ergeben, das, glaube ich, auch noch einmal eine gute Anregung ist für die laufenden

Haushaltsberatungen. Ich habe aber trotzdem noch eine Frage an Frau Reifenrath und Herrn Lübbers insbesondere, weil ich schon irgendwie das Thema Probenräume als ein wichtiges Thema hier auch noch einmal für mich identifiziert habe, würde ich gern wissen, wenn denn eines Tages das Projekt Wiese eG realisiert sein würde, wie würden Sie denn einschätzen, wie viel von den nötigen Kapazitäten an Probenräumen das abdecken kann. Würde es dann noch weitere Bedarfe geben oder ist das sozusagen dann, wäre das dann der entscheidende Schlag zur Befreiung, mit dem man dann das Probenraumproblem gelöst hat?

Vorsitzende: Herr Lübbers, klären Sie uns auf.

Herr Lübbers: Also, zunächst einmal können wir natürlich heute nur sagen, wir freuen uns unglaublich auf die Wiese. Und wer letzten Samstag in der "Welt" gelesen hat, der sieht ja auch, was wir da vorhaben. Es gibt aber noch eine ganze Menge Unwägbarkeiten. Also zum Beispiel können wir heute noch gar nicht sagen, wie hoch die Miete dann eigentlich sein wird, die wir nehmen können. Wir wissen alle, das Projekt ist seit 2009 in der Überlegung, seit 2011 etwa in der konkreten Planung und seit 2011 gibt es einen Zahlenapparat, mit dem wir bis heute umgehen. Das hat niemand einmal überprüft, ob über diese Zeit hin sich etwaige Kostenveränderungen ergeben haben. Wir haben bis heute nicht angefangen zu bauen, weil der Zuwendungsbescheid aus dem Bund ja angekündigt ist, bis heute aber nicht eingetroffen ist und die Sprinkenhof keinen Handschlag macht, bevor nicht klar ist, dass diese 1,2 Millionen Euro vom Bund tatsächlich kommen. Diese 1,2 Millionen Euro, die Bundesmittel, die eingeworben worden sind, auch durch den großen Einsatz von Herrn Rösler und auch von den Bundestagsmitgliedern der SPD in Berlin, die uns da sehr unterstützt haben, hat die Wiese eG davon befreit, selbst ein Darlehen in dieser Höhe aufzunehmen, das zu tilgen und mit Zinsen abzuleisten gewesen wäre. Das ist ein Teil, warum die Wiese im Moment denkt, ja, wir schaffen es, Mieten aufzurufen, die für Kulturschaffende bezahlbar sind. Wir zahlen alles, was wir sonst für die Wiese an Mitteln zur Verfügung gestellt bekommen, also seitens der Sprinkenhof, die da Investitionstätigkeiten macht, die sich noch Geld von der IFB dazuholt. Die Kulturbehörde gibt 200 000 Euro an die Sprinkenhof aus einem Zwischennutzungsfonds, das Geld steht seit 2012 bereit, und die Bürgerschaft hat 130 000 Euro an Planungskosten zur Verfügung gestellt, die an die Sprinkenhof geflossen sind, 10 000 Euro auch an die Wiese – das soll nicht unterschlagen werden. Wir haben private Investoren, die eine Kita dort betreiben wollen, die für unser Modell dort sehr, sehr wichtig ist, nicht nur, dass wir in den Stadtteil rein ein bewegungsorientiertes Kita-Angebot für die Eltern dort machen wollen, sondern wir möchten insbesondere auch den freien Künstlern, die mit Familien in der Wiese zum Arbeiten kommen wollen, die Gelegenheit geben, für die Kinder eine Verpflegung und Aufsicht zur Verfügung zu stellen. Auch für freie Künstler, die ihrem Beruf nachgehen und einmal über Nacht aus Hamburg weg sind, wollen wir das Angebot machen, dass die Kinder in einer Art Hotel in der Wiese untergebracht werden können und wir somit ermöglichen, den Beruf auszuüben. Der Verein Brücken für Kinder e. V. stellt uns 80 000 Euro zur Verfügung, damit wir einen Fahrstuhl einziehen können, um barrierefrei sein zu können. Und die Wiese selbst muss noch aus den eigenen Genossenschaftsmitteln rund 570 000 Euro aufbringen, um das Ganze auszustatten und so. Und jetzt werden aber diese 1,4 Millionen Euro komplett weiter durch die Miete durch die Wiese zurückfinanziert. Das heißt also, die wirklich günstigen Probenräume, die es bräuchte, die können wir tatsächlich nur zur Verfügung stellen, wenn es uns gelingt, das Gebäude tagsüber voll zu vermieten und in den weniger genutzten Stunden die freien Gruppen davon zu überzeugen, Leute, macht eure Arbeitszeiten dann, also zum Beispiel von 18 bis 24 Uhr oder für die, die noch weniger haben, von 24 bis 7 Uhr morgens, dann braucht ihr nur wenig Miete zu zahlen, wir füllen unseren Etat auf, den wir für die Genossenschaft brauchen und können darüber dann ein günstiges Angebot schaffen. Ich glaube, das beantwortet jetzt schon ein bisschen so, ob die Wiese alle Probleme in dieser Stadt löst. Ich glaube nicht. Wir werden eine Menge Probleme lösen können in dieser Stadt, das wird ein spannender Ort werden, da wird eine Menge passieren, aber es ist in erster Linie ein kreativwirtschaftlicher Ort und die reine Kunst- und Kulturförderung ist sehr abhängig davon, wie es uns gelingt, tatsächlich das wirtschaftliche Konzept, das der Wiese

eG zugrunde liegt, umsetzen zu können. Funktionieren wird es auf jeden Fall, da sind wir uns sicher, aber ob wir tatsächlich ein zusätzliches Angebot an die Gruppen machen können, das weiß ich nicht, das müssen wir dann tatsächlich sehen und ausprobieren.

Vorsitzende: Vielen Dank für diesen Ausblick. Also wir begleiten das Projekt ja auch schon länger. Wir freuen uns alle sehr und sind gespannt, wie es dann tatsächlich aussehen wird, wenn es dann da ist.

Herr Wersich.

Abg. Dietrich Wersich: Ja, abschließend wollte ich mich zum einen auch noch einmal bedanken. Ich glaube, dass diese Serie von Dingen nicht nur gut war, sondern aus den Eingangsworten von Frau Vértes-Schütter habe ich auch entnommen, dass es Hoffnung gibt, dass sich da noch etwas bewegt. Wir werden natürlich das als Fraktion auch mitnehmen, aber alleine haben wir ja nicht die Mehrheit in diesem Haus. Nein. Insofern hoffe ich natürlich, dass das auch wirklich dann auf der anderen Seite etwas bewegt.

Ich wollte abschließend nur noch einmal, weil Herr Heering den weiten Weg von Berlin hierher gekommen ist, ihn noch einmal fragen, ob es irgendwie aus den anderen Bundesländern so eine Best Practice, ob es Beispiele gibt, über die wir jetzt nicht gesprochen haben, wo wir im Hinblick auf die Freie Szene noch irgendwie Anregungen aufnehmen könnten.

Herr Heering: Ja, vielen Dank für diese Frage, die sehr schwer zu beantworten ist. Wir haben die kuriose Situation tatsächlich, dass sehr viele Bundesländer sehr viel auf die Potenzialanalyse schauen und sagen, das ist eigentlich ein wunderbarer Katalog, mit dem man arbeiten kann, wir sehen nur nicht, dass wir die Möglichkeiten haben, sie finanziell zu untersetzen. Ich sage das deshalb so ausdrücklich, weil ich glaube, es liegt nicht an den Kollegen hinter mir in der Kulturbehörde, dass sie sagen, sie würden diese Instrumente nicht gern benutzen. Ich glaube, es liegt eher auf Ihrer Seite zu sagen, bitte, wir brauchen die entsprechenden finanziellen Ressourcen, Sie müssen die Etats schon richtig ausstatten, dann können die Kolleginnen und Kollegen in der Kulturbehörde mit diesen Etats arbeiten, das werden sie dann auch tun. Ich habe jedenfalls entsprechendes Engagement wahrgenommen, und zwar nicht nur bei den Hamburger Kolleginnen und Kollegen, sondern überall. Es ist nicht in der Regel die Frage der Kulturverwaltung und es ist schon – das sind die, die es immer abbekommen –, auch ganz viel natürlich Ihre Aufgabe, die entsprechenden Etats herzustellen.

Es gibt also sehr viele, die auf die Potenzialanalyse schauen und die anfangen, diese Instrumente auszugestalten in ihren jeweiligen Ländern. Ich glaube, was da eine neue Entwicklung ist und die sollte man sich auch in Hamburg vermutlich anschauen, weil die Szene sich stark ändert und wir immer mehr von Einzelpersonen reden, die auch Antragsteller sind, gibt es einige Länder – ich weiß, dass das nicht gern gehört wird, aber Berlin beispielsweise tut das seit einiger Zeit sehr gezielt –, dass sie stärker in den Bereich von Stipendien in die Förderung hineingehen, um einfach schnell, direkt Künstlerförderung auszusprechen. Ich glaube, dass das gerade für die großen urbanen Ballungsräume, wo wir eine stark individualisierte Szene haben, eine wichtige Ergänzung des Förderinstrumentariums ist, was, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, so in der Potenzialanalyse noch nicht beschrieben ist.

Ich nehme auch noch etwas mit und möchte das sozusagen zurückgeben: Es gibt natürlich sehr verschiedene Konzepte, wie Freie Szene gefördert wird. Und es ist gut, wenn in Hamburg darüber nachgedacht wird, Infrastrukturen zu fördern. Das sagt ja die ganze Diskussion hier über Probenräume in der Stadt, dass es wirklich extrem wichtig ist, die löst natürlich nicht alle Probleme. Man kann auch ganz anders darangehen und sagen, geben Sie den produzierenden Kollegen das Geld in die Hand, diese Räume am Markt zu mieten. Sie sind ja da. Nun wird das in Städten wie Hamburg schwieriger, aber es ist am Ende – da

kommen Sie nicht raus – mit einem Probenraum nicht getan, auch nicht mit ein bisschen Geld. Sie müssen wahrscheinlich, wenn Sie wirklich das substanziell wollen, noch einmal überlegen, welche Schienen machen wir parallel stark. Es geht auch nicht um eine Schiene, es geht immer um ein Bündel von Maßnahmen, um eine Szene insgesamt zu unterstützen. Sie haben einen tollen Raum hier mit der Wiese hoffentlich bald und Sie brauchen wahrscheinlich Akteure, die den dann auch an dem Markt, den die Wiese dann anbietet, mieten können, damit das ... Da sind alle überzeugt, die Wiese wird ein Erfolgsmodell werden, aber es braucht eben auch die Szene, die dazu komplementär in der Lage ist, das mit zu nutzen. Und es ist ein Zug, der ... – letzte Bemerkung dazu – natürlich haben wir ..., wie Andreas Lübbers sagte, das ist ein kultur- und kreativwirtschaftliches Projekt, es ist Teil der Entwicklung, der Strukturentwicklung, ja. Die Kolleginnen und Kollegen denken sehr viel wirtschaftsorientierter. Das ist ja nun auch eine Politik von vielen auf Ihrer Seite gewesen zu sagen, schauen Sie darauf hinaus, was das wirtschaftliche Potenzial Ihrer Kunst ist. Die Antwort ist, da denken wir intensiver drüber nach, dass wir auch mit einem ordentlichen Verdienst bei rauskommen. Ich glaube, das ist auch der gewollte Prozess. Das bedeutet natürlich aber auch in den öffentlichen Etats ein Handeln. Und es ist so, dass an anderer Stelle das bereits erkannt ist, Johannes Kahrs hat die Förderung, die für den Tanz als Exzellenzförderung jetzt vom Bund entschieden worden ist, ganz klar mit dem Auftrag versehen, sozialen Mindeststandard in der Bundesförderung zu realisieren. Das wird für Hamburger Kolleginnen und Kollegen dann nicht funktionieren, wenn sie nicht das entsprechende Geld selbst mitbringen, dann ist Hamburg aus dieser Bundesförderung davor. Ich habe aber bisher verstanden, dass die Tanzförderung der Stadt Hamburg sehr wichtig ist. Insofern, das wäre sehr schade, wenn da einfach das nicht zusammenpasst, andere Instrumente, wie der Fonds Darstellende Künste, der ja den Preis zum Beispiel hier vergeben hat und der auch sonst stark in Hamburg fördert glücklicherweise, ziehen an dieser Stelle nach. Es wird notwendig sein, dass eben auch die Landesinstrumente das mit berücksichtigen. Das ist nicht die absolute Frage of Best Practice. Best Practice ist, die Instrumente aufzustellen und den Etat nachzuziehen. Da gibt es einige Länder, die sind inzwischen weit vorn.

Vorsitzende: Herr Heering, das wäre für viele jetzt bestimmt auch ein gutes Schlusswort gewesen, aber ich habe noch Herrn Meyer auf meiner Redeliste.

Abg. Jens Meyer: Ja, Herr Heering, Sie haben das ja eigentlich jetzt gerade doch schon einmal ziemlich auf den Punkt gebracht noch einmal zum Schluss. Aber Herr Hackbusch hat mich nun doch motiviert, vielleicht noch einmal eine unbequeme, vielleicht auch eine Wahrheit auszusprechen. Aber er hat es ja – jetzt versteckt er sich gerade hinter Herrn Wersich, ich sehe ihn gar nicht mehr, jetzt wird es ihm unangenehm –, nein, aber er hat ja offensichtlich das Prinzip jetzt verstanden, was mich ja schon einmal erfreut. Denn wir haben ja festgestellt, wenn der gleiche Geldbetrag zur Verfügung steht und durch einen Mindestlohn, den ich im Übrigen jedem Menschen zugestehe, das ist einmal selbstverständlich, auch wenn Herr Hackbusch mir das vielleicht nicht glaubt, also wenn durch den Mindestlohn die Personalkosten eben in dem Projekt höher werden, ist ja selbsterklärend, dann bleibt bei einem gleichen Geldbetrag weniger übrig. Jetzt kann man natürlich sagen, das wäre auch der Idealfall, den wahrscheinlich alle sofort unterschreiben im Kulturausschuss, wir vergrößern einfach den Kuchen. Das ist ja auch, sag ich 'mal, letztlich die Forderung, dass es mehr Geld für den Kulturretat generell oder dann auch ganz konkret für die Freie Szene geben muss. Wenn wir es jetzt nur auf den Bereich Freie Szene beziehen, könnte sich ja noch die Frage stellen: Nimmt man es dann einem anderen Kulturbereich, der sich vielleicht auskömmlich – da fängt Herr Brosda schon an zu niesen – finanziert sieht, nimmt man es dem weg oder verschiebt man das Budget sozusagen? Oder weil es ja im Gegensatz zu der Vorstellung von Herrn Hackbusch nicht vom Himmel fällt: Nimmt man es eben aus einem anderen Etat, aus einem ganz anderen Ressort, der vielleicht gar nichts mit Kultur zu tun hat? Das ist ja auch alles denkbar. Also das muss man ja im Hinterkopf behalten. Und wenn man nun einfach einmal unterstellen würde, man würde den Gesamtkuchen in seiner Größe beibehalten, dann muss man ja auch immer die Frage

stellen, einfach nur einmal so laut gedacht: Ist es jetzt besser, weniger Kulturprojekte, weniger Institutionen, weniger Strukturen zu haben und die weniger, diese geringere Größe besser und auskömmlich zu finanzieren, dass diejenigen, die dort engagiert sind, auch einen ordentlichen Lohn für ihre wichtige und wertvolle Arbeit bekommen? Oder ist es besser, in der Breite zu sein, alles an Vielfalt zu ermöglichen, was da ist, was ja in der Kunst eigentlich das Selbstverständnis ist, die Vielfalt auch zuzulassen in jeder Weise, dann aber mit diesem – ja – Dilemma, dass am Ende das alles nur Tropfen sind, die da verteilt werden, und im Grunde die Menschen, die sich in diesem Bereichen aufhalten, mehr oder weniger am Hungertuch nagen. Ich weiß, das sind ja jetzt keine befriedigenden Fragen, die ich da stelle, aber Sie haben ja Stück weit etwas mit Realität zu tun. Da würde mich Ihre Einschätzung noch einmal interessieren.

Vorsitzende: Jetzt macht Herr Meyer hier zum Schluss noch einmal die großen philosophischen Fragen auf, aber vielleicht wollen Sie sich ja da (...)

Abg. Jens Meyer: Einer muss es ja tun, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende: Das Thema ist hier die Förderung Freier Tanz- und Theaterszene.
Frau Pfundtner.

Frau Pfundtner: Na, ich weiß gar nicht, ob ich das beantworten kann, weil, das liegt natürlich wieder, also ohne Ball so zurückzuwerfen, auch viel an eben der Umsetzung. Also insofern ist dieses Stichwort Potenzialanalyse da gar nicht so blöd, weil, da wurde ja versucht zu gucken, wie differenziert kann man solche Fördermodelle aufstellen und vorschlagen, also eben um zu sagen, es gibt Leute, die sind Nachwuchs und fangen gerade erst an zu arbeiten. Es gibt Leute, die arbeiten schon 15 Jahre. Es gibt verschiedene Interessen darin, sei es Festivalförderung, also da gibt es so viel Unterschiedlichkeit, dass das eigentlich ein schlauer Vorschlag erst einmal war, weil es von Anfang an sagte, ja, natürlich müssen auch wir bewusst sein, das, was wir vorstellen, dass es da verschiedene Stränge gibt. Und ich glaube, wenn das erkannt wird und natürlich brauchen diese verschiedenen Stränge Geld, weil – noch einmal –, wenn ich sage, 35 000 Euro reicht nicht, dann sagt die Nachwuchsförderung, ich schnäuze mir mit 5 000 Euro die Nase, so ungefähr. Und das, glaube ich, ist ein differenzierter Vorschlag gemacht worden und ich glaube, der muss in seiner Differenziertheit verfolgt werden. Also insofern würde ich einmal vorsichtig bei der Antwort bleiben. Und das ist nicht gemacht worden, das konnte vielleicht auch nicht gemacht werden, keine Ahnung, aber das ist ja unser Anprangern, dass wir meinen, doch, da gab es schon immer viel Geld in der Stadt, das ist halt nur anders verteilt worden. Aber der Vorschlag, finde ich jetzt, der war von unserer Seite her auch mit einer wirklichen ganzen Analyse ja eigentlich schon da und von daher, da würde ich jetzt so von der Antwort erst einmal darauf setzen.

Was mir noch wichtig ist, ohne vielleicht mit dem eigenen Abschlussplädoyer ..., aber einfach nur, das ist so eine ganz persönliche Angst, weil, das ist alles sicherlich richtig, was sowieso alles jetzt hier erwähnt wurde, und auch Probenräume und so, aber ich habe eine ganz persönliche Angst und die richte ich auch an die Politik, dass ich immer denke, und da ist Hamburg ein Superbeispiel für, die Politik kann nur das fördern, wo sie weiß, hier kann ich ein rotes Band durchschneiden, hier kann ich selber aufs Foto und kann sagen, ich sehe das, das ist ein großes Gebäude. Das kann am Hafen stehen, das kann auch irgendwo anders stehen. Aber das ist immer meine Angst, dass ich denke, Sie verstehen nicht so viel ... man muss ein Zeichen... Und deshalb bin ich da immer nur so ein bisschen, ja, alles richtig, und der Proberaum verweist hier ja auf ganz viele strukturelle Sachen, die sich bedingen, und das ist natürlich insofern auch total wichtig, aber ich will noch einmal so die Angst platzieren, dass ich immer denke, die Freie Szene macht auch so Schwierigkeiten vom Verständnis, weil ihre Sichtbarkeit ... natürlich sind das die Theater, aber sie tun so viele verschiedene Sachen und sie haben so viele verschiedene Orte und sie arbeiten auch auf so viele verschiedene Weise, dass ich immer das Gefühl habe, um diese Leute kann kein

Band geschnitten werden und deshalb noch einmal so auf Sinne von, was da gestützt werden muss, um auch ihre Arbeit zu verstehen und zu stützen. Da finde ich es immer noch einmal einen wichtigen Gedanken am Ende, dass es dann nicht nur wieder in der Schnellschussentscheidung ein rotes Band gibt.

Vorsitzende: Frau Pfundtner, trauen Sie uns ein bisschen mehr zu.

Frau Pfundtner: Ja, nein, nein, also ...

Vorsitzende: Also, wir sind hier im Kulturausschuss.

Frau Pfundtner: Ja, ja, ich meine, um zu sagen. Ja, natürlich, das tue ich ja auch, deshalb sage ich das auch gerne noch einmal im Sinne von ... Genau, Sie wissen, was ich meine. Sie sind meine Hoffnung. Das ist es doch. Letztendlich ist es so. Ich bleibe ja auch.

Frau Reifenrath: Ich würde gern noch ...

Vorsitzende: Danke für den Vertrauensvorschuss. Frau Reifenrath.

Frau Reifenrath: Ich würde gern noch ergänzen, ich gehe noch einmal zurück auf die Frage mit dem Best Practice, weil mir die viel besser gefallen hat, nämlich die Frage ist, andere Städte können das auch. Wenn wir zum Beispiel noch einen Bereich ganz kurz anschneiden, den wir noch gar nicht hatten, Festivalförderung. Wir haben eine Förderung des Festivals, was ein ganz großer Ort für das Selbstverständnis und die Sichtbarkeit der Freien Darstellenden Künste in Hamburg ist, jetzt seit drei Jahren, das mit 60 000 Euro ausgestattet ist. Die Stadt München stattet ihr Festival mit 190 000 Euro aus. Baden-Württemberg stattet ihr Festival "Hauptsache 6 Tage frei" in Stuttgart mit 150 000 Euro pro Ausgabe aus. FAVORITEN in Nordrhein-Westfalen 500 000 Euro, Performing Arts Festival Berlin 300 000 Euro. Also sozusagen ...

(Abg. Dietrich Wersich: Nennen Sie wenigstens eins, das weniger ausgibt!)

Frau Reifenrath: Es gibt keins, das weniger ausgibt. Ganz einfach. Diese Zahlen können Sie alle dem Festivalantrag von dieser Runde entnehmen, wo wir gesagt haben, mit dieser Ausstattung können wir keine sozialen Mindeststandards wiederum leisten. Es hängt ja alles miteinander zusammen. Und die Antwort auf Ihre Frage ist: Andere Städte können es auch. Und die Frage, woher das Geld kommt, muss letzten Endes, müssen nicht wir beantworten und wollen wir auch auf keinen Fall beantworten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Also ich mache jetzt tatsächlich einen neuen Versuch. Ich finde, wir hatten wirklich eine sehr fundierte Anhörung und ich bedanke mich im Namen des Ausschusses wirklich bei Ihnen allen als Auskunftspersonen. Sie haben uns einen guten Einblick gegeben. Ich glaube, wir nehmen das mit und sind wirklich besser gerüstet für unsere weitere Beratung.

Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.

Im Nachgang zu der Anhörung übersandte Martin Heering eine Präsentation, die seinen Standpunkt zusammenfasste (s. Anlage).

Zu TOP 2

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten eingangs den Inhalt der Drucksache vor und betonten, dass nur wenige Eigentümer Bedenken gegen den Denkmalstatus ihres Gebäudes

gehabt oder Widerspruch gegen Auflagen des Denkmalschutzamtes eingelegt hätten. Auch die Anzahl der gerichtlichen Klagen sei außerordentlich gering.

Die SPD-Abgeordneten begrüßten ausdrücklich, dass sich das neue Denkmalschutzrecht nicht wie befürchtet als Hemmnis für die Schaffung neuen Wohnraums erwiesen, sondern zu weniger Verwaltungsaufwand und mehr Transparenz geführt habe. Gerade die Informationskampagne, die ihnen sehr wichtig gewesen sei, habe dazu beigetragen, dass sich auch das Interesse am Denkmalschutz inzwischen erfreulicherweise größer darstelle.

Die CDU-Abgeordneten interessierte, inwieweit tatsächlich mehr Klarheit über den Schutzstatus einzelner Objekte und Rechtssicherheit durch die Novelle geschaffen worden seien. Sie merkten zum vorigen Verfahren an, dass die damit verbundene Arbeit kaum zu leisten gewesen, die Qualität der Verfahren, Gebäude zu analysieren und einzustufen, aber eine etwas andere gewesen sei. Sie vermuteten auch eine Qualitätsminderung durch die veränderte Funktion des Denkmalrates.

Zur Arbeit des Denkmalschutzamtes wollten sie wissen, wie die vielfache Menge an Genehmigungsverfahren gegenüber 2012 bewältigt worden sei, wie sich die Wartezeiten entwickelt hätten und inwieweit das Amt seinen Aufgaben tatsächlich nachkommen könne. Sie sprachen den Interessenkonflikt der öffentlichen Hand durch ihre Rolle als Eigentümerin und Denkmalschützerin an, da sie bei einigen Projekten den Eindruck gewonnen hätten, dass für die Stadt nur Wirtschaftlichkeit, nicht aber der Denkmalschutz zähle. Ihnen stelle sich die Frage, wie man den Denkmalschutz insbesondere in den Fällen, in denen die Stadt selbst Eigentümerin sei, stärken könne. Bezüglich privater Eigentümer fragten sie nach möglichen finanziellen Nachteilsausgleichen bei Erhaltung eines Denkmals.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten, dass mit dem neuen Gesetz nur die Kategorien Denkmal oder Nicht-Denkmal bestünden, nicht aber mehr die Zwischenkategorie des „erkannten Denkmals“, womit die Sicherheit über den Status des Objekts für dessen Eigentümer größer sei. Da die Liste der Denkmäler auch im Internet verfügbar sei, stelle sich der Denkmalstatus nicht erst bei geplanten Veränderungen heraus, wodurch Ärger und mögliche Kosten für nicht genehmigungsfähige Planungen vermieden würden. Die Zahl der Nachfragen nehme nach dem großen Anstieg direkt nach Erlass des Gesetzes inzwischen wieder ab. Über die mit dem Denkmalstatus verbundenen Fragen müsse seitens des Denkmalschutzamtes weiterhin offensiv informiert werden.

Sie berichteten, durch die gestiegene Anzahl von Denkmälern werde die Praktische Denkmalpflege sehr viel häufiger mit der Frage nach zulässigen Eingriffen befasst. Welche Eingriffstiefen an den einzelnen Stellen zugelassen würden, sei zu erarbeiten und mit den Eigentümern zu ermitteln, wie Denkmäler genutzt werden könnten, da man kein Interesse an musealisierten Bauten habe. Weil sich die Frage nach einer möglichen wirtschaftlichen Nutzung auch für die öffentliche Hand stellen könne, seien sie dabei, ein System zu entwickeln, bei dem sie keine Sorge hätten, dass das stadtinterne Machtgleichgewicht zugunsten derer kippen würde, die abreißen und neu bauen wollten. In einer großen Zahl der Fälle gebe es eine hohe Kooperationsbereitschaft zwischen den verschiedenen Behörden, dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) und den städtischen Gesellschaften. Sie betonten, dass die Stadt auch durch Investitionen für den Erhalt von Denkmälern ihrer Vorbildfunktion gerecht werde.

Zur Anzahl der Verfahren führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter aus, dass die Summe der Einzelverfahren unabhängig von einer Baugenehmigung und derer, bei denen die denkmalschutzrechtliche Genehmigung Teil des gebündelten Baugenehmigungsverfahrens sei, stabil bei über 1000 Anträgen pro Jahr liege. Es handele sich um eine konsolidierte Zahl nach der Versiebenfachung der Verfahren direkt nach Novellierung des Gesetzes und betrage das Fünffache des Wertes von 2012. Das Denkmalschutzamt bewältige diese Menge vor allem durch sehr kooperative Gespräche mit den Antragstellern und die gemeinsame Entwicklung genehmigungsfähiger Lösungen.

Dementsprechend habe es seit November 2015 in über 1000 Fällen nur 18 Widersprüche und keine einzige neue Klage gegeben.

Der Denkmalrat werde vom Amt weiterhin einbezogen und beteilige sich selbstständig mit Fragen bezüglich noch nicht ipsa lege geschützter Objekte. Formell sei er bei notwendigen Löschungen aus der Denkmalliste eingebunden, wenn durch Veränderungen in der Zeit ohne gesetzlichen Schutz der Denkmalwert verloren gegangen sei. Deren Zahl sei gering und nehme weiter ab.

Zur Personalsituation berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, im Zuge der Novelle des Gesetzes seien zusätzliche befristete Stellen in der Inventarisierung und der Praktischen Denkmalpflege geschaffen worden. Nachdem das Denkmalschutzamt im Jahr 2010 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt habe, sei zur zügigen und zuverlässigen Ermittlung der Denkmäler eine große Zahl temporärer Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden. Einen Teil dieser Kräfte habe man mit Blick auf die erwarteten höheren Fallbetreuungen auf Dauer übernommen und eher in der praktischen Denkmalpflege eingesetzt. Aktuell liege die Stellenzahl bei knapp 30.

Sie fügten hinzu, im Interesse einer systematischen Effizienzsteigerung der Prozesse habe man seit 2013 im Denkmalschutzamt die Arbeitsabläufe im Zusammenhang mit einer denkmalrechtlichen Genehmigung daraufhin analysiert, welche zwingend von Architekten und Kunsthistorikern wahrgenommen werden müssten und welche an administrativen Arbeitsplätzen mit neuen Profilen in der Verwaltung gebündelt werden können. Diesen gelungenen Optimierungsprozess müsse man auch künftig noch im Auge behalten.

Der Abgeordnete der GRÜNEN formulierte seinen Eindruck, dass die Anwendung des ipsa-lege-Prinzips in 14 von 16 Bundesländern ein praxisbewährtes Vorgehen sei, während das vorherige System für die Bürgerinnen und Bürger schwer durchschaubar gewesen sei. Er begrüßte auch die in den vergangenen Monaten geführten Diskussionen um diverse Bauprojekte in der Stadt, die zeigten, dass der Denkmalschutz einen Stellenwert habe und Objekte nicht ohne Auseinandersetzung dem Abriss überlassen würden. Dies sei auch für die Schaffung des Bewusstseins wichtig, dass es beim Denkmalschutz nicht immer um die Ästhetik gehe, was bislang relativ kurz gekommen sei. Er hielt fest, es bestehe insbesondere wegen des Nachverdichtungsdrucks in der Stadt stets ein Konflikt zwischen der Stadtentwicklung und dem Denkmalschutz, und begrüße daher, dass das Gesetz gut formuliert sei und dass das Denkmalschutzamt bei der Erhaltung eines Gebäudes dessen Nutzungsfähigkeit im Auge behalte.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE stellte klar, dass bei allen politischen Diskussionen um den Denkmalschutz am wenigsten die Situation der Kulturbehörde und des Denkmalschutzamtes in der Kritik gewesen sei. Er erinnerte an das Diktum der Freien und Abrissstadt Hamburg und daran, dass wesentliche Veränderungen in der Stadt nicht nur durch den Krieg, sondern auch durch bewusste Entscheidungen in der Nachkriegszeit erreicht worden seien, die dem Erscheinungsbild der Stadt nicht gut getan hätten. So sei der Denkmalschutz im Gegensatz zu einer Äußerung des Abgeordneten der GRÜNEN nicht unabhängig von der Zusammensetzung der Regierung.

Der FDP-Abgeordnete schloss sich dem an, denn wie mit den selbst geschaffenen Gesetzen umgegangen werde, sei unterschiedlich. Wie der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bestätigte er die gute Qualität der Arbeit in der Kulturbehörde.

Er erwähnte die starke Beanspruchung der Praktischen Denkmalpflege, deren schwierige Erreichbarkeit und Wartezeiten, die bei Bauherren, Architekten und Immobilieneigentümern teilweise zu erheblichem Unmut geführt hätten.

Er wies darauf hin, dass noch nicht zu allen Denkmälern ein wissenschaftliches Gutachten existiere und viele Eigentümer daher keine ausführliche fachliche Begründung des Denkmalwertes ihres Objektes hätten. Im Hinblick auf den Eingriff in das Eigentum erachte er eine solche aber für selbstverständlich. Die Vorbildfunktion der Stadt halte er – nicht nur

mit Blick auf die City-Höfe- für höchst fragwürdig, denn es würden Denkmäler in städtischem Besitz aufgegeben, während private Eigentümer sich an sehr detaillierte Gestaltungsvorschriften halten müssten.

Den SPD-Abgeordneten war bezüglich des Verweises auf die City-Höfe die Anmerkung wichtig, dass das Für und Wider einer Neuregelung nicht zielführend anhand von Einzelbeispielen erörtert werden könne, sondern man den Gesamtbestand im Blick haben müsse. So sei ihnen nicht klar, inwieweit sich die Kritik des FDP-Abgeordneten auf die Neuregelung beziehe.

Die CDU-Abgeordneten wollten konkreter wissen, ob die angesprochene Verfünfachung der Genehmigungsverfahren sich auf die Zeit vor der Novellierung beziehe und ob die genannten 30 Stellen auf Dauer eingerichtet seien. Außerdem interessierte sie, ob zu Bearbeitungszeiträumen und Wartezeiten Daten erhoben würden, in wie vielen Fällen Löschungen vorgenommen worden seien und ob das Denkmalschutzamt über wirtschaftliche Ausgleichsmöglichkeiten verfüge, um Denkmäler erhalten zu können, deren wirtschaftliche Nutzbarkeit grenzwertig sei. Außerdem interessierte sie das Verfahren bei neuen Denkmälern und wie viele davon im Laufe eines Jahres hinzu kämen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten zur Stellensituation, dass die 23 Stellen in 2010 und die aktuell 30 Stellen sich nicht allein mit den Genehmigungsverfahren befassen, sondern auch Inventarisations- und andere Aufgaben wahrnehmen. Sie seien unbefristet und vor allem für die Antragsbearbeitung hinzugekommen, für die vorher anteilig vergleichsweise wenige Personen zuständig gewesen seien. Bezüglich der Wartezeiten wiesen sie darauf hin, dass sie die gesetzlichen Genehmigungsfristen von zwei Monaten einhielten.

Zum Aspekt der Wirtschaftlichkeit erwähnten sie im individuellen Bereich die Möglichkeit steuerlicher Erleichterungen oder Sanierungszuschüsse. Bei größeren Projekten könne man prüfen, wie eine nutzbare Fläche erreicht werden könne, die den wirtschaftlichen Betrieb des Gesamten garantiere.

Bezüglich neuer und gelöschter Denkmäler wiesen sie auf die in der Drucksache genannten Zahlen für die Jahre 2013 bis 2015 hin und ergänzten, zwischen November 2015 und November 2016 70 neue Eintragungen und 53 Löschungen aus der Denkmalliste vorgenommen zu haben. Zu den Löschungen legten sie dar, dass sie in den 12 000 Datensätzen der Denkmalliste immer wieder – allerdings mit abnehmender Tendenz – Objekte entdeckten, die sich aus heutiger Sicht nicht als Denkmal halten ließen, weil es gravierende Veränderungen gegeben habe oder bei der Erfassung, beispielsweise wegen nicht möglicher Innenbesichtigung, etwas übersehen worden sei, das gegen den Denkmalwert spreche. Des Weiteren können sich Löschungen dadurch ergeben, dass ein Gebäude aufgrund seines schadhaften Zustands oder wegen wirtschaftlich unzumutbarer Sanierung habe aufgegeben werden müssen.

Vor neuen Eintragungen erfolge eine Begutachtung seitens des Denkmalschutzamtes; ergebe sich eine Einschätzung als Denkmal, werde der Eigentümer informiert.

Bewegung in der Zahl der Neuaufnahmen entstehe dadurch, dass die Inventarisierung sowohl zu Einzelanfragen als auch systematisch weiterarbeite. Thematisch liege derzeit ein Schwerpunkt bei Schiffen, räumlich arbeite man verstärkt zu den östlichen Hamburger Stadtteilen. Darüber hinaus entstünden durch das Älterwerden der Stadt und ihrer Bauten Begutachtungsnotwendigkeiten hinsichtlich neuer Denkmäler, wobei sie derzeit im Sinne der Forschung die Bauten der 1960er und 1970er Jahre betrachteten und bundesweit im Austausch seien. Zur Rolle der Stadt als Eigentümerin wiesen sie auf das zweibändige Werk des Denkmalschutzamtes „Hamburgs öffentliche Gebäude und die Denkmalpflege: Denkmal, Geschichte, Erhaltung“ hin. Auch bei öffentlichen Denkmälern würden die angesprochenen Einzelheiten abgestimmt und wie bei den Privateigentümern vorgegangen.

Der FDP-Abgeordnete kritisierte zur Stadt als Eigentümerin, dass diese bei den City-Höfen einem Abriss zugestimmt habe. Es stelle sich die Frage, wie es möglich sei, dass sich der Senat über eine fundierte fachliche Expertise des Denkmalschutzamtes hinwegsetze und so nicht seiner Vorbildfunktion nachkomme. Er bat zu erläutern, wodurch das Amt zukünftig entsprechend dem Gesetz den Denkmalschutzgedanken in die Gesellschaft bringen wolle. Da sich im Umgang mit dem Kulturdenkmal Friedhof Ohlsdorf abgezeichnet habe, dass das Amt kapazitätsmäßig mit den vielen denkmalpflegerischen Aufgaben ein Stück weit überfordert sei, interessierte ihn, wie sich die Kulturbehörde aufstellen wolle, um den denkmalpflegerischen Anforderungen des Gesetzes gerecht zu werden.

Die Vorsitzende appellierte daran, sich auf die Drucksache zu konzentrieren und nicht alle Themen des Denkmalschutzes noch einmal aufzurufen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwähnten zu der Aufgabe, Informationen zum Denkmalschutz und dessen Idee in die Stadt zu tragen, zahlreiche Veranstaltungen und Informationsinitiativen, deren prominentestes Beispiel der Tag des offenen Denkmals sei. In diesem Jahr sei er mit einer von Kulturbehörde und Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen durchgeführten Stadtwerkstatt zum Spannungsverhältnis zwischen stadtplanerischen Ideen und den Ansprüchen des Denkmalschutzes gekoppelt worden. Eine Veröffentlichung darüber liege vor. Das Denkmalschutzamt organisiere auch den Denkmalsalon, der sich nächstens mit der Thematik des Welterbes befassen werde. Es gebe, teilweise auch online, zahlreiche Publikationen und Informationsmaterialien. Die Jugendbauhütte mache für Jugendliche die Arbeit an der Erhaltung der Substanz erlebbar. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen lenkten zudem durch ihren Einsatz die Aufmerksamkeit auf die Thematik der Denkmalerhaltung.

Zum Vorgehen bei den City-Höfen habe es zu Anfang eine Verfahrensabsprache der beteiligten Behörden gegeben, die eingehalten worden sei. Dass in dem Zusammenhang jede Behörde eine Stellungnahme abgebe, sei eins, zu welcher Gesamtentscheidung eine Stadt gelange, ein zweites, wie an vielen Stellen zu beobachten sei. In den meisten Fällen gehe sie zugunsten des Denkmalschutzes aus. Diese Abwägungsfragen seien wichtig, wenn man die Akzeptanz des Denkmalschutzes erhalten wolle.

Die CDU-Abgeordneten baten daraufhin anzugeben, wo sich die Stadt mit ihrem Abrissvorhaben nicht habe gegen den Denkmalschutz durchsetzen können, und fragten nach einer Möglichkeit, den Denkmalrat im Ausschuss zu hören. Ihnen sei aufgefallen, dass der gesetzliche Auftrag an den Denkmalrat, Anregungen für Unterschutzstellungen zu geben, weggefallen sei; möglicherweise sei dies ein Mangel. Sie fragten sodann nach der Haltung der Senatsvertreterinnen und -vertreter zu der Anregung aus einzelnen Bezirken, Wohnhäuser berühmter Persönlichkeiten unter Schutz zu stellen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bejahten, dass ein Geburts- oder Wohnhaus einer berühmten Persönlichkeit unter dem Kriterium der historischen Bedeutung denkmalwürdig sein könne. Alle Kriterien seien aber in Verbindung mit der Frage nach der erhaltenen historischen Substanz zu sehen. Sei sie gering, stoße man unter Umständen schon an eine Grenze.

Die Zusammenarbeit mit dem Denkmalrat gestalte sich sehr gut und kollegial. Er rege Themen an und auch das Denkmalschutzamt suche in Einzelfällen den Austausch, sodass sie keinen Mangel durch die fehlende Konsultation bei den Unterschutzstellungen sähen.

Auf die Anmerkung des FDP-Abgeordneten, dass die Amtszeit des Denkmalrates gemäß Gesetz drei Jahre betrage, während laut Homepage die Besetzung von 2016 bis 2018 erfolgt sei, erklärten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass der angegebene Zeitraum drei volle Jahre umfasse.

Der FDP-Abgeordnete betonte sodann die Wichtigkeit des Denkmalrates und bat um nähere Erläuterungen zu dessen in der Drucksache erwähnten Anliegen einer intensiveren Nutzung

der städtebaulichen Erhaltungssatzung gemäß § 172 BauGB durch die Bezirke, um das Denkmalschutzamt von Vorhaben zu entlasten, die nicht mit den Instrumenten des Denkmalschutzes beeinflusst werden können (Seite 10, Punkt 3 der Drucksache).

Laut Auskunft der Senatsvertreterinnen und -vertreter spiegelt dies das Interesse des Denkmalrates wider, das Denkmalschutzamt vor der überzogenen Erwartung zu bewahren, dass alles, was eine historische Anmutung habe und vertraut sei, als Denkmal geschützt werden müsse.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE unterstrich sein Interesse zu hören, wo sich das Denkmalschutzamt gegen andere städtische Interessen durchgesetzt habe. Er bat um Mitteilung um drei bis vier solcher Beispiele aus den vergangenen fünfzehn Jahren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hielten dies für eine nicht sehr sinnvolle Fragestellung, weil die Gebäude, die als Denkmäler erhalten würden, immer einen Beleg für die Berücksichtigung des Amtes darstellten.

Als der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE auf seiner Frage beharrte, antworteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, derartige Abwägungen gehörten in den vertraulichen Bereich des Senats, und verwiesen darüber hinaus auf das schon zitierte Werk zu Hamburgs öffentlichen Gebäuden.

Der FDP-Abgeordnete hielt dies für nicht befriedigend. Zudem gebe es gerade unter Experten sehr unterschiedliche Haltungen dazu, wie in Hamburg mit dem Denkmalschutzgesetz umgegangen werde. Er beantragte daher eine Anhörung gemäß § 58 II GO dazu.

Die CDU-Abgeordneten bezweifelten, dass der Senat in seiner Einschätzung richtig liege, dass der Umgang mit einem Abrissantrag für ein denkmalgeschütztes Gebäude eine senatsinterne Angelegenheit sei. Bei städtischen Gebäuden werde der angesprochene Interessenkonflikt deutlich, dass die Stadt einerseits Hüterin der Denkmale und andererseits auch Eigentümerin sei. Wenn der Senat dieses Verhältnis nicht transparent machen würde, sei dies in ihren Augen ein wirkliches Problem. Es würde der Befürchtung Vorschub leisten, dass die öffentliche Hand sich selbst anders behandle als die privaten Kunden. Sie baten daher um eine Nennung zu Protokoll für die letzten fünf Jahre, wie viele Abrissanträge es gegeben habe und wie diese beschieden worden seien, jeweils unterteilt nach öffentlichem Besitz, öffentlichen Unternehmen und privaten Eigentümern.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sahen sich außerstande, dies zu beantworten, da sie nicht Buch führten über die Zahl und Intensität der Konflikte. Als Beleg für die Akzeptanz des Denkmalschutzamtes könne die geringe Zahl von Widersprüchen gegen abgelehnte Maßnahmen gelten. Die Zahl der Versagungen von Abrissanträgen sei verschwindend gering. Müssten Abrissgenehmigungen erfolgen, gelte dies in privatem und in öffentlichem Bereich gleichermaßen. Wie solle man die Diskussionen erfassen, wenn es nicht zu einem Abriss gekommen sei?

Der FDP-Abgeordnete wiederholte seinen Antrag auf eine Anhörung gemäß § 58 II GO.

Die CDU-Abgeordneten unterstützten diesen mit dem Argument, dass zum Erlass des Gesetzes eine Anhörung durchgeführt worden sei und sie es für nicht falsch hielten, so auch hinsichtlich der Umsetzung des Gesetzes und dessen Folgen zu verfahren. Als Experten kämen der Denkmalrat oder Vertreter der Wohnungswirtschaft infrage.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE pflichtete dem bei, denn es sei gut, nach einer gewissen Zeit zu überprüfen, ob durch die Novellierung eine Verbesserung des

Denkmalschutzes eingetreten und dessen Lage gut sei, zumal es einige Diskussionen dazu gegeben habe.

Die SPD-Abgeordneten machten deutlich, das in der aktuellen Sitzung zur Neuregelung Mitgeteilte für ausreichend und daher eine Anhörung dazu für nicht erforderlich zu halten. Dass für die CDU-Abgeordneten bei Nichteinigung eine öffentliche Anhörung in Betracht komme, sei ihnen bewusst.

Der Abgeordnete der GRÜNEN meinte, es sei nicht Aufgabe der Ausschüsse, in jeder zweiten Sitzung eine Anhörung durchzuführen. Er würde von ihr inhaltlich keine großen Erkenntnisfortschritte erwarten.

Der FDP-Abgeordnete teilte diese Auffassung nicht. Es handele sich um ein sehr wichtiges Thema, wobei die aktuelle und die öffentliche Diskussion zu dem Thema dessen Bedeutung zeigten. Der Argumentation der CDU-Abgeordneten stimmte er ausdrücklich zu.

Der AfD-Abgeordnete machte darauf aufmerksam, dass der Senat manche Fragen nicht habe beantworten können. Daher empfehle es sich doch, Experten dazu zu befragen. Aufgrund der öffentlichen Debatten auch zu einzelnen Objekten befürwortete er eine Anhörung.

Nach einer kurzen Unterbrechung zwecks Beratung innerhalb der Fraktionen bekräftigten die SPD-Abgeordneten ihre zuvor dargelegte Haltung.

Auch der Abgeordnete der GRÜNEN kündigte seine Ablehnung des gewünschten Beschlusses an. Dass bei Nichteinigungen öffentliche Anhörungen beantragt würden, solle auch einmal Thema im Ältestenrat sein.

Die SPD-Abgeordneten bekundeten ihr Missfallen darüber, dass bei Nichteinigungen wiederholt öffentliche Anhörungen durchgesetzt würden. So werde mit einem Minderheitenrecht das Mehrheitsrecht ausgehebelt. Da sie dies für undemokratisch erachteten, plädierten sie zudem für eine Thematisierung an anderer Stelle.

Die CDU-Abgeordneten wiesen diese Vorwürfe aufs Entschiedenste zurück und beriefen sich darauf, dass die Geschäftsordnung das Verfahren der öffentlichen Anhörung vorsehe. Es sei ignorant zu sagen, dass der Senat zu so einer Drucksache mit so vielen Auswirkungen und Beteiligten in der Stadt alles gesagt habe. Auch sie nähmen durch ihre Vernetzungen in der Stadt von dort offene Fragen auf. Ihrer Auffassung nach gehörten viel mehr Auseinandersetzungen in das Parlament, während viele derzeit im Rahmen von Volksentscheiden mit weitreichenden Zugeständnissen der Regierungsfractionen und der Verwaltung auch außerhalb dessen geführt würden. Sie sprachen sich daher für eine öffentliche Anhörung aus.

Der FDP-Abgeordnete wies darauf hin, dass die parlamentarischen Rechte für alle gelten würden und wiederholte, dass sie an einer fachlichen Diskussion mit Experten interessiert seien. Dies müsse die SPD-Abgeordneten überzeugen, sich einmal dem Wunsch der Opposition zu fügen.

Die SPD-Abgeordneten meinten, dass die Oppositionsfractionen, wenn sie für eine Anhörung gemäß § 58 II GO keine Mehrheit fänden, den Druck der öffentlichen Anhörung benutzen – die im Übrigen hier genauso wenig sinnvoll sei-, um sich durchzusetzen. Sie appellierten, den Wortlaut und Inhalt der Geschäftsordnung nicht manipulativ einzusetzen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE hielt fest, dass das Recht auf eine öffentliche Anhörung ein qualifiziertes, anerkanntes- und schützenswertes Minderheitenrecht darstelle. An die SPD-Abgeordneten richtete er die Frage, welche der durchgeführten Anhörungen

diese so wenig sinnvoll gefunden hätten, dass sie jetzt ins Feld führten, mehrfach unter Druck gesetzt worden zu sein. Er halte die Argumente für eine Anhörung gemäß § 58 II GO für überzeugend und diese für eine qualifizierte Art des Umgangs mit dem Thema.

Die SPD-Abgeordneten riefen dazu auf, im Auge zu behalten, dass die Drucksache zur Neuregelung des Gesetzes Gegenstand der Debatte sei. Sie hätten die CDU-Abgeordneten nicht so wahrgenommen, dass diese eine Gesetzesänderung für erforderlich hielten. Ihnen sei nach wie vor unklar, welche Erkenntnisse die Anhörung zur vollzogenen Neuregelung des Denkmalschutzes durch das ipsa lege-Prinzip bringen könne. Wenn dann wider besseren Wissens eine öffentliche Anhörung beantragt würde, hielten sie dies für bemerkenswert und für keinen guten Umgang mit der parlamentarischen Verantwortung. Auch sie sahen es als problematisch an, dass es kaum eine Ausschusssitzung ohne Expertenanhörung gebe.

Der FDP-Abgeordnete stimmte zu, dass eine Anhörung gemäß § 58 II GO zielführender wäre und erklärte, daher einen entsprechenden Antrag gestellt zu haben. Da seiner Wahrnehmung nach die Öffentlichkeit an der Diskussion über den Denkmalschutz und die Gesetzesänderung durchaus interessiert sei und die Regierungsfractionen der beantragten Anhörung nicht zustimmen würden, schlug er vor, über die öffentliche Anhörung abzustimmen.

Auf die Bitte der Vorsitzenden präzisierten die CDU-Abgeordneten, dass die Drucksache als Thema der Anhörung gelten solle.

Bei Abwesenheit des AfD-Abgeordneten stimmten sodann die SPD-Abgeordneten und der Abgeordnete der GRÜNEN gegen, die Abgeordneten von CDU, FDP und Fraktion DIE LINKE für die gewünschte öffentliche Anhörung. Die Vorsitzende hielt fest, dass das erforderliche Quorum erfüllt sei.

Zu TOP 3

Keine Niederschrift; siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft.

ZU TOP 4

Führung Elbphilharmonie

Die Vorsitzende dankte dem Senat im Namen des Ausschusses für die Gelegenheit, die Elbphilharmonie zu besichtigen, für die kundige Führung sowie für den Empfang durch Herrn Lieben-Seutter im großen Saal.

Zuschrift betreffend das Eröffnungskonzert der Elbphilharmonie

Die Vorsitzende erinnerte an die den Ausschussmitgliedern übermittelte Zuschrift bezüglich einer Komposition für den Eröffnungstag der Elbphilharmonie. Da der Ausschuss nicht die Entscheidung über derartige Aufführungen treffe, sah er keine Möglichkeit, im Interesse des Einsenders tätig zu werden.

Sitzung des Kulturausschusses im Januar

Da der Senat aufgrund der Feierlichkeiten zur Eröffnung der Elbphilharmonie am 12. Januar 2017 nicht zur Verfügung stehen könne, regte die Vorsitzende an, gegebenenfalls einen alternativen Sitzungstermin zu finden.

Gabi Dobusch (SPD)
(Vorsitz)

Norbert Hackbusch
(Fraktion DIE LINKE)
(Schriftführung)

Dr. Monika Potztal
(Sachbearbeitung und für
die Richtigkeit des
Wortprotokolls)

»frei und fair arbeiten« Haushaltsvoraussetzungen schaffen für faire Honorare in den freien Darstellenden Künsten

Anhörung des Kulturausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft am
22. November 2016

Martin Heering - Bundesverband Freie Darstellende Künste

I. Erreichte Verbesserungen

II. Weitere Schritte

1. Anschluss an überregionale Förderinstrumente gewährleisten
2. Strukturen der freien Darstellenden Künste stärken
 - Hauptamtlich geführter Landesverband als Fachstelle und damit kulturpolitischer Ansprechpartner für Bürgerschaft und Verwaltung
 - Landesfestival als Plattform der freien Darstellenden Künste für Diskurs / Qualitätsentwicklung und zugleich zur Präsentation für den regionalen und überregionalen Markt
- 3. Angemessene Vergütungen bei Landesförderung**
 - **Honoraruntergrenzen**
 - **Beispielrechnungen**
 - **Problemstellungen und Teillösungen**

II.3 Angemessene Vergütungen im Falle einer Landesförderung

Sachlich in vielen Fällen eigentlich erforderlich:

- Anstellung von künstlerischen Projektmitarbeiter*innen nach NV Bühne.
Damit wäre ein tariflicher Standard gewährleistet.

Die freie Szene arbeitet aber überwiegend projektbegunden *und* stückentwickelnd; daher ist der Honorarvertrag vorherrschend – einschließlich der damit verbundenen sozialversicherungsrechtlichen Probleme:

- Honorarverträge mit Freischaffenden
- Abgabepflicht für Verwerter nach dem KSVG
- Tätigkeitskatalog (Informationsschrift Nr. 6 der Künstlersozialkasse)
- Definition der freien Darstellenden Künste (Informationsschrift Nr. 7 der Künstlersozialkasse)

Was sind angemessene Vergütungen?

Durchschnittliches Jahreseinkommen aus freiberuflicher Tätigkeit der in der KSK aktiv versicherten Künstlerinnen und Künstler (Quelle: KSK, 01.01.2016)

Alle Berufsgruppen:

15.945 € (Männer: 18.079 € / Frauen 13.621 €)

Darstellende Kunst:

15.581 € (Männer: 18.904 € / Frauen 12.594 €)

= nicht angemessen

Gegenstrategien: Selbstverpflichtung „art but fair“ (<http://www.artbutfair.org/>)

Die Initiative **art but fair** schlägt Formulierungen zur Selbstverpflichtung für faire Arbeitsbedingungen (nicht nur Honorar) von **Institutionen bzw. Kulturschaffenden** vor.

- **Kunstschaffende** (die Einladung zur Selbstverpflichtung für Kunstschaffende richtet sich ausdrücklich auch an Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Technik und Verwaltung)
- **Theaterleitende und Produzierende**
- Verantwortliche in **Kulturpolitik, Verwaltung und Verbänden**
- Verantwortliche an **Schulen, Hochschulen und Akademien**
- **Agenturen, Management und Künstlervermittlungen**

Studie Mai 2016 – Instrument nur bedingt erfolgreich.
Umsetzung eines Gütesiegels wird geprüft.

Verstärkt arbeiten Verbände im Kulturbereich mit Empfehlungen, obwohl diese keine rechtliche Bindungskraft haben.

Nicht zu verwechseln mit den klassische Honorarordnungen der Freie Berufe wie

beispielsweise

- Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI (Bundesverordnung)
- Gebührenordnung für Ärzte - GOÄ (Bundesverordnung)

Honorarempfehlungen im künstlerischen Bereich (Beispiele)

Bildende Kunst / Design

- Grafikdesigner (BDG)
- Ausstellungsvergütungen (BBK)

Wort

- Sprecher - Gagenliste des Verbands Deutscher Sprecher (VDS)
- Redenschreiber - Verband der Redenschreiber deutscher Sprache (VRdS)
- Übersetzer - Honorarumfrage des Verbands der Übersetzer (VdÜ)
- Journalisten - Deutscher Journalistenverband (DJV)

Film

- Empfehlung des Bundesverband der Fernsehkameraleute (BVFK)
- Vergleichssätze des Deutschen Journalistenverbandes (DJV)

Musik

- Honorarempfehlungen für freie Orchestermusiker - Deutscher Orchesterverband (DOV)

Stellungnahme des Deutschen Kulturrats (26. Juni 2015)

»Freiberufliche Leistungen im Kulturbereich angemessen vergüten«

- **Gesetzlicher Mindestlohn** seit 2015: 8,50 € /h (ab 2017: 8,84 € /h)
gilt nicht für freiberufliche Leistungen
- Einige Honorarempfehlungen oder Handreichungen zur Berechnung freiberuflicher Leistungen: **Aufforderung an Berufsverbände**
- **Öffentliche Hand: Verantwortung**, dass im Falle einer Zuwendungen, freiberufliche Leistungen angemessen vergütet werden / werden können.

Empfehlung des Bundesverband Freie Darstellende Künste zur Honoraruntergrenze (Oktober 2015, Hamburg):

- Orientierung an der Mindestgage des Normalvertrag (NV Bühne) für Monatswerk = 1765 Euro. Hinzurechnung der durchschnittlichen Arbeitgeberanteile zur SV (21,5%)

= 2.150 Euro / Monatswerk
- Bezug ist - entsprechend NV Bühne - eine Vollzeittätigkeit über einen längeren Zeitraum! (üblich sind mindestens 1- oder 2-Jahresverträge)
- Beschäftigung in projektgebundener Arbeitsweise geschieht auf kürzere Zeiträume. Deshalb ist das Herunterbrechen auf kürzere Arbeitszeiträume notwendig!

Kalkulationsgrundlagen: produktive Arbeitszeit

365 Tage

- 104 Erholungstage (Wochenenden)
- 8 Feiertage
- 20 Urlaubstage
- 10 Krankheitstage
- 70 Akquise / Administration etc. = nicht fakturierfähige Arbeitszeit

= 153 produktive Arbeitstage / Jahr

= rd. 13 produktive Arbeitstage / Monat

> 2.150 € / 13 Arbeitstage = 165 €

Mindesttagessatz bei
kontinuierlicher Auftragslage

Aber: Diskontinuierliche Auftragslage !

Die Mehrzahl (65-80%) der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler hat durchschnittlich 4 Monate / Jahr keinerlei Aufträge:

- 2.150 € x 12 Monate = 25.800 €
- 25.800 € / 8 Monate = 3.225 € kalkulatisches Monatseinkommen

- > 3.225 € / 13 Arbeitstage = 248 € Mindesttagessatz der dem Mindestlohn entspricht

ACHTUNG

- Ein Tagesengagement bedeutet in der Regel Vor-/Nachbereitungszeit;
- Es sind in der Regel mehr Menschen beteiligt als auf der Bühne stehen;
- Kalkulation bezieht sich auf reine Arbeitszeit - keine betrieblichen Aufwendungen enthalten, d.h. keine unternehmerische Kalkulation des Tagessatzes
- Mindestlohn ist noch keine angemessene Vergütung für künstlerische Berufe (in der Regel liegt mindestens ein Studienabschluss vor, häufig mehrere)

Beispielkalkulation* für eine Produktion mit 3 Tänzer*innen (Proben und insgesamt 5 Vorstellungen)

Tätigkeit	Tagessätze					GESAMT
	Choreografie	Produktions- leitung	Bühnen- / Kostümbild	Licht- / Sounddesign (Technik)	Tanz (3 Personen)	
Konzeption (2 Tage)	2					2
Vorbereitung (10 Tage)	5	10				15
Probenphase (20 Tage)	20	10	10	12	60	112
Aufführungen (5 x 0,5 Tage)	2,5	2,5		2,5	7,5	15
Dokumentation / Abrechnung (3 Tage)		3				3
Zusammen Tagessätze (netto)	29,5	25,5	10	14,5	67,5	147
Tagessatz	248 €	248 €	248 €	248 €	248 €	248 €
Insgesamt Honorarkosten	7 316 €	6 324 €	2 480 €	3 596 €	16 740 €	36 456 €

* Kalkuliert ist in diesem Beispiel eine ausgesprochen kurze Arbeitsphase mit 20 Probentagen - insofern ist nicht nur in Hinsicht auf Honorar, sondern auch in Hinsicht auf Zeit ein Minimum angesetzt. Im Bereich der projektgebundenen Arbeit, bei der es in der Regel nicht um die Einstudierung eines »Stückes« geht, sondern um die vollständige Entwicklung von Thema, (Bewegungs)Material und Inszenierung, ist im Schnitt von mindestens einem 3-monatigen Erarbeitungszeitraum auszugehen. Vorstellungshonorare sind in der Regel mit einem Tageshonorar, bei auswärtigen Gastspielen mit 2-3 Tageshonoraren pro Person zu kalkulieren.

Problemstellungen und Teillösungen

- a. Kartellrechtlich sind Preisabsprachen zwischen Unternehmen untersagt (§ 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen / Art. 101 Vertrag über die Arbeitsweise der EU)
- b. Vertragsfreiheit
- c. LHO bzw. BHO: Gebot der sparsamen Mittelverwendung - »Notwendigkeit« und »Angemessenheit«
 - > Notwendigkeit von Personalausgaben / Honoraren: »möglichst wenig, aber der Sache angemessen« (erhebliches Landes oder Bundesinteresse ist aber nicht mit Dumping-Honoraren vereinbar)

d. **Verfügbare Mittel: „Dann werden weniger Projekte realisiert ...“**

Die Umsetzung sozialer Mindeststandards wie der Honoraruntergrenze führt - aktuell auch in Hamburg - zu einer Reduzierung der Projekte.

Zielkonflikt:

- Vielfalt des kulturellen Angebots sichern.
- Faire Honorarbedingungen ermöglichen.

Bisher wurde der Konflikt zulasten der Einkommen (d.h. auch Krankenversicherung, Alterseinkünfte etc.) der KünstlerInnen verschoben. Niemand wünscht eine Einschränkung der Vielfalt des kulturellen Angebots:

Es liegt allein in der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers, diesen Zielkonflikt aufzulösen: Durch entsprechende (dynamische) Stärkung der Projektmittelelats – für alle freien Künsten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

www.darstellende-kuenste.de